

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von H. Pannisch & Co., Magdeburg, Grabe Münzstraße 3. — Fernnummern: 1224 bis 1227. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark. Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die halbpaltene 27 Millimeter breite Monoparallele drückt 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreizehnpaltene 30 Millimeter breite Reklamezeile drückt 100 Pf., auswärts 150 Pf. Abatist geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Plagiaten keine Gewähr. Erfüllungsort: Magdeburg. Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 18.

Magdeburg, Freitag den 22. Januar 1926.

37. Jahrgang.

Gute Zeiten für Mörder.

Freispruch in München.

Am Mittwoch abend um 7 Uhr wurde das mit großer Spannung erwartete Urteil im Münchner Massenmord-Prozess verkündet. Die beiden Angeklagten Pölzing und Prüfert wurden freigesprochen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Kosten des Verfahrens werden der Staatskasse auferlegt. Das Münchner Gericht hat eine günstige Gelegenheit, die deutsche Justiz und insbesondere die bayrische Justiz von dem Vorwurf zu reinigen, nur Sünder von links zu verurteilen und die der Rechten laufen zu lassen, vorübergehen lassen, hat sich lieber selbst das Urteil gesprochen.

Das Gericht hatte sich zur Beratung um 4 Uhr zurückgezogen und erschien erst kurz vor 1/7 Uhr im Verhandlungsaal, wobei der Gerichtsvorsitzende mitteilte, daß er eine Reihe von Briefen erhalten habe, die sich auf die Mai-Vorgänge in Verlach beziehen. Außerdem sind anonyme Drohungen gegen Pfarrer Sell ausgesprochen worden. Das Gericht zog sich hierauf nochmals zurück, kehrte aber nach einigen Minuten wieder in den Saal zurück, worauf die Urteilsverkündung erfolgte.

In der Begründung wird ausgeführt, daß bezüglich der Erschießung des Ludwig die Hauptverhandlung keinen genügenden Nachweis erbracht habe, daß die Erschießung auf Kommando Pölzings vorgenommen wurde. Prüfert habe allerdings zugegeben, daß die elf anderen Leute auf sein Kommando erschossen worden seien. Er habe aber diesen Befehl vollziehen müssen. Unter diesen Umständen ließ sich nicht feststellen, daß Prüfert den Erschießungsbefehl für rechtswidrig gehalten hat. Prüfert war daher freizusprechen.

Auf Grund der Beweisaufnahme ist das Gericht zu der Ueberzeugung gelangt, daß Pölzing den Befehl zur Erschießung der zwölf Verlach gegeben hat. Er bringt zu seiner Verteidigung vor, er wäre berechtigt gewesen, die Gefangenen erschießen zu lassen, weil sie sich am Kampfe gegen die Regierung beteiligt hätten. Nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung war die Erschießung der Gefangenen effektiv nicht gerechtfertigt. Für die Truppen galt der Schießbefehl Moskes. Hiernach waren die Erschießungen nicht gerechtfertigt. Der als Zeuge vernommene jetzige Oberpräsident Moske hat das bestätigt.

Auf der andern Seite läßt sich die Behauptung Pölzings, er habe das Recht gehabt zur Erschießung der Gefangenen, nicht mit einer zur Verurteilung ausreichenden Sicherheit widerlegen. Es konnte ihm das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht mit hinreichender Sicherheit nachgewiesen werden. Es war damit auch Pölzing von der Anklage freizusprechen. Nachdem die Angeklagten freigesprochen sind, hat die Staatskasse die Kosten zu tragen, und gleichzeitig wird der Haftbefehl aufgehoben. Prüfert wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß er weiterhin in Straffhaft bleibt wegen der von ihm begangenen Diebstähle.

Die Urteilsverkündung ging ohne Zwischenfälle vor sich, nachdem sich der Vorsitzende schon vorher alle Kundgebungen verboten hatte. Vor dem Justizpalast hatte sich eine immer größer werdende Menschenmenge angesammelt, die beim Bekanntwerden des freisprechenden Urteils in Hochrufe ausbrach.

Diese Begründung ist so ungeheuerlich wie das Urteil selbst. Sie stellt fest, daß die Ermordung der zwölf Arbeiter im Schießbefehl Moskes nicht die geringste Grundlage findet. Aber die hinreichende Sicherheit für das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit fehlt. Hätte diese „hinreichende Sicherheit“ völkischen Richtern auch gefehlt, wenn zwei Kommunisten auf der Anklagebank gesessen hätten; unter der Anklage, zwölf Völkische abgemurkelt zu haben? Wer hätte den Mut, nach allen vorhergegangenen Fehlurteilen dieser Art diese Frage zu bejahen?

„Wäre das Münchner Gericht“, schreibt der „Vorwärts“, „jetzt zu einer Verurteilung gekommen, wenn auch nur in dem bescheidenen Maße, wie der Staatsanwalt es beantragt hatte, so hätte dieses Urteil nicht in den Rahmen der Geschichte der politischen Morde in Deutschland gepaßt. Denn bisher sind nur diejenigen verurteilt worden, die sich gegen die Reaktion erhoben, während die andern als Ehrenmänner umherlaufen, obschon sie sich nur um des Landeshochschutzes willen in „Freikorps“ nach dem System Lützow zusammenfanden. In diesen Freikorps glaubten sie, frei von jeder Verantwortung vor sich selbst, vor dem Gericht und vor ihren Mitmenschen zu sein.“

Der damals 22jährige Jüngling mit dem Namen Pölzing hatte die Befehlsgewalt über eine Schar von ebenso unwilligen wie verantwortungslosen Dürren. Er wird

von einem nervösen Pastor zu Hilfe gerufen, obschon diesem Gottesdiener nicht das geringste passiert war. Aber schon aus der Tatsache, daß der Talarträger den Jüngling mit dem Stahlhelm rufen läßt, leitet dieser das Recht her, wahllos Verhaftungen vorzunehmen von Personen, deren Namen ihm ein Unbekannter auf einen Zettel geschrieben hatte. Und lediglich aus der Tatsache, daß er eine Uniform trägt, leitet er das weitere Recht ab, die Verhafteten ohne Untersuchung reihenweise niederschließen zu lassen, nur weil ihm ihr Weitertransport ebenso unbequem war wie ihre Freigabe. Keiner hat den verhafteten Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei auch nur im geringsten einen Verstoß gegen die Gesetze nachsagen können. Die Polizeibeamten von Verlach schildern sie vor Gericht ausdrücklich als „lauter brave Leute“. Aber der Jüngling mit dem Stahlhelm kommandiert und sein Gehilfe folgt diesem Kommando blindlings. Vom Essenholen weg werden die Soldaten des Freikorps herangeschleppt, um friedliche, waffenlose Arbeiter niederzuknallen!

Für eine solche schurkische Tat setzen sich die militärischen Vorgesetzten dieser Sölden ein! Der Freikorpsführer Lützow erklärte mit eiserner Stirn vor Gericht, daß er seine Offiziere zum rücksichtslosesten Vorgehen aufgepeitscht habe. Sie hätten mehr Furcht vor seinem Mißfallen gehabt als vor irgendeinem Gerichtsverfahren. Und der General von Oden erklärte die Angeklagten als Vertreter der „Vaterlandsliebe“ und der „vaterländischen Treue“. Derselbe General von Oden, der vor Beginn der Operationen gegen München dem damaligen bayrischen Ministerpräsidenten Hoffmann gegenüber sich verpflichtet hatte, willkürliche Erschießungen nicht zu dulden. Vielmehr sollten alle Gefangenen, auch die Russen der „Roten Armee“, vor ein Gericht gestellt werden. Um das Versprechen des Generals von Oden haben sich die Freischärler so wenig gekümmert, wie um die allgemein menschlichen Aufgaben, die auch einem „Feinde“ gegenüber am Platze sind. Und von Oden selbst weiß heute von seiner Zusage nichts!

Will man den Freispruch der Arbeitermörder vollkommen würdigen, so muß man sich an das Urteil erinnern, das gegen die Teilnehmer an dem sogenannten „Geiselmord“ in München verhängt worden ist. Von den Anhängern der Räterepublik München, die an der Erschießung der Geiseln teilgenommen hatten, wurden nach Gerichtsurteil sieben hingerichtet, sieben weitere zu je 15 Jahren Zuchthaus und drei andre, die nicht mitgeschossen hatten, ebenfalls zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, weil, wie es in der Urteilsbegründung wörtlich hieß, „sie eventuell bereit waren, selbst zu schießen!“

Sier tritt die — Ungleichheit der Deutschen vor Gericht klar zutage. Arbeiter, die eventuell bereit waren, also noch nichts verbrochen hatten, werden zu schweren Strafen verurteilt. Dagegen konnten die Münchner Richter bei dem völlig offensibaren Massenmord „das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit nicht mit hinreichender Sicherheit nachweisen“.

Das Urteil in München ist vom völkischen Janhagel mit stürmischen Hoch- und Heilrufen aufgenommen worden. „Es lebe die völkische Mordfreiheit!“

Ob die Münchner Richter besondere Freude bei diesem Jubel auf den Straßen empfanden? Wir bezweifeln es. Er täuscht nicht darüber hinweg, daß der Freispruch von Massenmördern dem Rechtsempfinden einen der heftigsten Schläge versetzt hat, den es je erhielt. Da muß ja der Geduldsfaden eines Tages reißen und das empörte Volk solcherlei Justiz unmöglich machen. —

Der Sieg des Partikularismus.

Der bayrische Partikularismus hat gesiegt. Nachdem sich Luther hinter Reich und Hindenburg hinter Luther gestellt hatte, sind die Demokraten weich geworden und haben ihren Fraktionsvorsitzenden Koch durch den Dresdner Bürgermeister Kütz erseht, der erst beweisen muß, ob er auf dem Posten des Innenministers die gleiche republikanische Energie entfalten kann, die man von dem Führer seiner Fraktion hätte erwarten dürfen. Der Volksparteiler Curtius ist Wirtschaftsminister geworden, und das Ernährungsministerium wird wohl einem noch ausfindig zu machenden Zentrumsmann zufallen, da Herr Hepp, der Parteifreund des Herrn Curtius, das ihm zugebachte Amt mit Rücksicht auf seine deutschnationalen Landbündgenossen abgelehnt hat.

Den Demokraten ist ihr Entschluß begreiflicherweise nicht leicht geworden. Wie sehr gegen sein Stimmern, bei denen

die Stimme Kochs den Ausschlag gab, haben sie sich zum Schritt in die Regierung bereit erklärt. Die Erfahrung wird lehren, ob sie richtig gehandelt haben, als sie sich den föderalistischen Wünschen der Bayrischen Volkspartei fügten. Die Tatsache, daß ein Demokrat nicht Innenminister werden darf, weil er einen zu ausgeprägten unitarischen Standpunkt einnimmt, bleibt auf jeden Fall beschämend.

Die Rechtspresse begrüßt das neue Kabinett einstweilen mit starkem Mißtrauen und mit großer Abneigung. Das ist selbstverständlich, denn den Deutschnationalen ist jede Regierung unsympathisch, in der an ihrer Stelle Demokraten sitzen, auch wenn bei der Auswahl der Persönlichkeiten den Wünschen des rechten Flügels der Koalition Rechnung getragen worden ist. Wir Sozialdemokraten haben natürlich ebensowenig Grund, uns mit der zweiten Regierung Luther in irgendeiner Form solidarisch zu erklären. Gewiß ist sie auf den ersten Blick besser als ihre Vorgängerin. Aber sie ist nicht wünschenswert genug zusammengesetzt. Auf der einen Seite Kütz und Marx, deren republikanische Gesinnung wohl nicht bestritten werden kann, auf der andern Gehler, Curtius und Brauns und dazwischen, um von übrigen zu schweigen, Stresemann, der sich in seinem Ressort hoffentlich bemühen wird, die auch von uns gutgeheißene außenpolitische Linie weiter zu verfolgen, aber in der innern Politik nicht wagt, wider den Stachel des Herrn Scholz zu lecken.

Zusammengehalten wird das Ganze durch den Reichskanzler Luther. Der Reichskanzler, man möchte sagen, berechnend für ihn selbst, sondern auch für die Unfertigkeit des deutschen Parlamentarismus ist, fertig, heute eine Regierung zu präsidieren, in der das wichtige Innenministerium immerhin mit einem Republikaner besetzt ist, nachdem er gestern einem Kabinett vorgestanden hat, in dem dieses Amt von dem Monarchisten Schiele verwaltet wurde. Uebertriebene Konsequenzmacherei kann man ihm nicht vorwerfen. Er besitzt wahrhaftig nicht den bäuerlichen Dickhäuteln seines großen Namensvetters, des Reformators, der da stand und nicht anders konnte. Er feiert die Feste wie sie fallen, nimmt die Mehrheit, wo er sie findet, und wird sich selbst wahrscheinlich rühmen, daß er seine Politik von den Gegebenheiten bestimmen lasse und nur sachliche Gesichtspunkte für ihn maßgebend seien.

Aber das alles hindert nicht, daß der Kanzler bei einem Konflikt zwischen rechts und links letzten Endes doch auf der Rechten zu finden sein wird. Herr Curtius wird an ihm sicher eine bessere Stütze haben als Herr Kütz, und so muß man auch wegen der Person des Kanzlers der Wirksamkeit des neuen Kabinetts mit Zweifeln und Sorgen entgegensehen. Es wird der Moment kommen, wo die demokratisch-republikanischen Bestandteile der Koalition vor die Frage gestellt werden, ob sie sich beugen oder zu Stock und Gut greifen sollen.

Unter diesen Umständen ist es — vorsichtig gesprochen — zum mindesten mehr als zweifelhaft, ob die Sozialdemokratie dem neuen Kabinett ein Vertrauensvotum erteilen kann. Es ist nicht anzunehmen, daß die programmatische Erklärung, die die Regierung Anfang der nächsten Woche abgeben wird, uns zu befriedigen vermag. Eine andre Frage ist, ob die Reichstagsfraktion von vornherein in jene Opposition treten soll, die ein Mißtrauensvotum erfordert. Ihre Verantwortung hängt nicht nur von dem Lutherischen Programm, sondern auch von der Beurteilung der Situation ab, in der wir uns befinden.

Bestände die Möglichkeit, etwas Besseres an Stelle des Gewordenen zu setzen, so wäre unser Weg klar vorgezeichnet. Aber die Dinge liegen so, daß die Alternative für das Kabinett Luther zurzeit eine Beamtenregierung oder auch eine Regierung mit ausgesprochen deutschnationaler Mitwirkung ist; denn die theoretisch noch übrigbleibende Eventualität einer Reichstagsauflösung wird kaum in Betracht kommen. Das aber bedeutete eine weitere Verschlimmerung der Verhältnisse nicht nur innen, sondern auch außenpolitisch, da auf diesem Wege namentlich der baldige Eintritt Deutschlands in den Völkerebund und damit das Inkrafttreten der Locarno-Verträge in Frage gestellt sein werden.

Soweit sich die Lage heute beurteilen läßt, wird es daher wohl zweckmäßig sein, dem neuen Kabinett nicht den Beginn seiner Arbeit unmöglich zu machen. Wir werden, nachdem wir seine Worte gehört haben, seine Taten abwarten müssen. Voller Skepsis natürlich, aber mit der Aufmerksamkeit, die ein Versuch verdient, der unter Umständen gerade für die Fraktionen der Demokraten und des Zentrums überaus lehrreich sein kann. Es gibt Entwicklungen, die man im Interesse der Erkenntnis politischer Möglichkeiten und Notwendigkeiten nicht vorzeitig unterbrechen darf.

Denunziation des Stahlhelms?

Gegen die beiden Führer des Jungdeutschen Ordens, Max Braun und Bornemann, ist nicht nur das Verfahren wegen Landesverrats, sondern auch ein wegen Hochverrats eingeleitet worden. Der Oberreichsanwalt in Leipzig hat die beiden Angeklagten in Berlin vernehmen lassen. Verhaftet sind sie aber noch nicht.

Im „Jungdeutschen Orden“ wird behauptet, die ganze Sache sei auf eine falsche Denunziation aus Stahlhelmtreibern zurückzuführen. Tatsache ist, daß schon seit einiger Zeit ein offener Konflikt zwischen Stahlhelm und Jungdo besteht, der zum Ausbruch gekommen ist dadurch, daß der Jungdo entdeckte Reichsbannerleute könnten unter Umständen auch anständige Leute sein. Darüber geriet der Stahlhelm in eine fürchterliche Wut und schimpfte mächtig auf die Jungdoleute.

Nach dem zu urteilen, was man aus „nationalen“ Kreisen gewohnt ist, hat die Behauptung, der Stahlhelm sei der Urheber der Anklage, ziemlich viel für sich; denn der Stahlhelm hat sich in den letzten Monaten immer eifriger bemüht, eine reine Patentreuzorganisation zu werden, und mit diesem Streben ist logischerweise auch verbunden die Anwendung der Methoden der Nationalisten. Bei den Arbeitern gilt seit Menschengedenken der Grundsatz:

Der größte Lump im ganzen Land das ist und bleibt der Denunziant.

Aber das ist eine „primitive Arbeitermoral“. Die Sauberkeitsbegriffe der „Nationalisten“ sind anderer Natur. Uns kann es ja nur recht sein, wenn sich die Schwarzweiß-rotten gegenseitig kaputtzumachen versuchen. Je mehr sie sich selber erledigen, um so weniger brauchen wir uns zu bemühen.

Neuer Leichenfund.

Die linksdemokratische „Berliner Volkszeitung“ berichtet: Gelegentlich einer Treibjagd in der Schorfheide stieß der Förster Lindner in einer Schöpfung, die dicht an der Chaussee von dem Orte Grimnitz nach Joachimsthal gelegen ist, auf die Leiche eines etwa 25 Jahre alten Mannes. Der tote muß schon längere Zeit an der Fundstelle gelegen haben und was am Kopf eine schwere Schußverletzung auf, die den sofortigen Tod herbeigeführt haben muß. Die Kugel ist in der Stirngegend in den Kopf gedrungen und muß im Schädel festengeblieben sein. Ueber den Kopf des Toten war eine große Ledertasche gezogen, die keinerlei Schußspuren aufwies, so daß mit Bestimmtheit angenommen werden muß, daß die Kugel erst nach Abgabe des tödlichen Schusses dem Toten über den Kopf gezogen worden ist. Außerdem wurden bei der Leiche keine Ausweisepapiere vorgefunden, so daß die Personalien des Toten bisher noch nicht festgestellt werden konnten.

Der zuständige Landjäger erstattete der Staatsanwaltschaft in Prenzlau über den Leichenfund Bericht. Trotz der Feststellungen der Polizeibehörden — der Revolver war dem Toten auf die Hand gelegt — wurde keine Obduktion der Leiche angeordnet.

Da mit der Möglichkeit eines Fememordes gerechnet werden mußte, wurden von der Berliner Kriminalpolizei, Abteilung I A, mehrere Kommissare nach Grimnitz bei Joachimsthal zur Aufklärung des Leichenfundes entsandt. Die Beamten sind aber unrichtigermaßen nach Berlin zurückgekehrt, da der tote bereits am Tage zuvor als „Unbekannter“ auf dem dortigen Gemeindefriedhof begraben worden war.

Merkwürdig ist, wie ich neulich ein unter so sonderbaren Umständen aufgefundenen Toten unter die Erde gebracht wird. Die „Volkszeitung“ hat durchaus recht, wenn sie verlangt, daß die Leiche schleunigst wieder ausgegraben und genau untersucht werden muß.

Der wahre Fridericus Rex.

Auf die meisten historischen Persönlichkeiten läßt sich wohl der Schillerische Satz anwenden: Von der Parteinahme und daß man nicht, sondern sein Charakterbild in der Geschichte. Für den Preußenkönig Friedrich 2. trifft diese Feststellung nicht zu. Das Bild seiner Persönlichkeit — gegen die das angebliche Bild — warzt hier in der Darstellung des Deutschen, und zwar ja, wie es Schiller und Schlegel ihm fertig — gewissermaßen humanistisch jenseit — einbringen, und wie er wirklich bewundernswürdig hervortritt. So wie die Rede auf Friedrich 2. dann denkt er sofort automatisch an den „Alten Fritz“, den Vater seiner Soldaten, an den „Philosophen von Sanssouci“, den „Schüler aller Religionen, Künste und Wissenschaften“, kurz — an das Ideal eines leibenden Staatsmannes.

Hier ist gleich eingangs die Bewertung gestattet, daß keineswegs bedeutend ist, die Persönlichkeit dieses Herrschers einer treibenden herabsehenden Kritik zu unterziehen — es soll lediglich jedem die Möglichkeit gegeben werden, das von parteilicher Seite geleistete „Anschauungsmaterial“ zu ergänzen, abzurufen und dadurch das humanistische Bild im Sinne der historischen Gerechtigkeit nachprüfen und entsprechend zu bereichern.

Die Persönlichkeit eines menschlichen Schöpfenden offenbart sich in seinen Werken. Das individuelle Bild eines Politikers können wir uns am besten aus seinen Briefen und Memoiren wiederherstellen, Neugierungen, in denen die Person nicht hinter das Werk vergraben, sondern sich als Mensch den Menschen zeigt.

Die Briefe 2. als Vorkämpfer, ein Schwärmer war, so konnte man Friedrich 2. als einen tiefgründigen (im guten Sinne) bezeichnen. Auch in anderer Beziehung zeigen sich Familienähnlichkeiten der frühreifen Hofmannen gleichermäßen ausgeprägt: wie sein Vorgänger wollte Friedrich 2. den Frieden und bereichte des Krieges. Da diese Unternehmungen insofern nicht glücklich verliefen und freies Geld kosteten, hatten die Könige menschliche Anzeichen nichts gegen Kaiserlich eingewandert und fanden sich in deren Nähe. So wie später jeder menschliche Bestreben einen guten Teil der Goethe und Kant gewöhnliche Würdigung für sich reklamierte.

Sagen wir den inneren bedeutendsten Schicksalern selbst freies und bewahren wir uns zu erkennen, daß er ein Mensch war, dem nach Verzicht und durch den Gang seiner Umgebung Erregung geschick waren, die selbst ein härterer Wille nicht hätte überwinden können.

Im Juni 1740 schrieb der König an das Generaldirektorium: „Die Religionen sind gleich und gut, man muß die Leute, so sie protestant, diese Leute sind, und man kann und werden lassen und wollen das Land populieren, so wollen wir sie Religionen und Künste lassen.“ Auf dem gleichen Blatt kommt die

Viele Staatsanwälte haben einfach Recht. Manchmal geben sie einen Toten nicht frei, von dem alle gewöhnlichen Menschen überzeugt sind, daß er einem Unglück zum Opfer gefallen ist. Hat das Schimpfen der gewöhnlichen Menschen Eindruck gemacht und man übergibt einen Toten schleunigst der Erde, dann wird wieder geschimpft, weil er eventuell ein Opfer der Fememörder sein könnte. An was so ein armer Staatsanwalt alles denken muß. —

Warum in die Ferne schweifen?



Die mit den Fememördern Privatsjustiz geübt, Man jagdet jetzt nach solchen Strengnationalen Strolchen, Wie obiges Bild ergibt. — Ihr sucht nach Fememördern, Wo man in Morden schießt? Was kann es Leichteres geben? Die Lösung steht daneben, Wie obiges Bild ergibt!

Nicht zu beweisen?

Knüppel-Kunze, der „Held von Gardelegen“, hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung in Götting eine wahre Schimpfkanonade gegen die Republik losgelassen. Er sagte u. a.: „Die Republik Deutschland ist der größte Mäurerstaat, der je dagewesen ist“ und gebrauchte gegen die Staatsmänner der Republik Schimpfwörter, wie „Verbrecher“, „Salunten“, „Spießhüben“, „Gauener“, „Mäurer“, „Erpresser“, „Lumpen“ u. a. m.

Von einem Göttinger Republikaner wurde daraufhin Anzeige erstattet und Strafantrag gestellt. Der Oberstaatsanwalt in Götting leitete die Anzeige an den Oberreichsanwalt in Leipzig weiter, erhielt sie aber wieder zurück und stellte folgenden Bescheid an den Beschwerdeführer aus:

Herr Kunze behauptet, daß die Neuperungen „Salunten“, „Verbrecher“ usw. sich nicht auf Mitglieder der im November vorigen Jahres amtierenden oder einer früheren republikanischen Regierung bezögen, sondern auf die in Deutschland vorhandenen Verbrecher, insbesondere Schieber und Wucherer. Das läßt sich nicht widerlegen. Bei dem Mangel des Beweises seiner Straftat kann ich gegen Kunze nicht einschreiten.

Der arme Oberstaatsanwalt. Wie leicht er in Verlegenheit zu bringen ist. Ob ihm das beispielsweise bei Kommunisten auch schon passiert ist?

vieltürte Sentenz: „Die Religionen müssen alle toleriert werden und muß der Fiscal mehr das Auge darauf haben, daß keine der andern Abzehr tun, den hier muß ein jeder nach seiner Passion selig werden.“

Das klingt alles sehr schön. Wie erklärt sich aber dann folgende Randbemerkung zu dem Gesuch des Schupjuben Weyer Benjamin aus Magdeburg, welcher die strafwürdige Bitte um Bewilligung der Bürgerrechte dieser Stadt erbat:

Der Jude Sol Eich So wohnt aus Magdeburg Paquien oder der Commandant wird ihm heraus Schmeißen?

Auf das Gesuch des Generalleutnants von Direda, welcher für seinen Schwager von Gräben die Erlaubnis, eine Bürgerliche zu heiraten, erbat, schrieb der „Volkstönig“:

„Hui, wohr: Er ja was vorzuschlagen kan.“ Die gleiche Bitte eines Grafen Ratujiska findet folgende Beantwortung: „Ich bestimme Mir nicht um seine amours (Liebesaffären).“

In einem Briefe vom 24. Februar 1761 an d'Alembert schreibt der König: „Nur ein Deutscher ist das Uebel eigen, das man Nordburckfall nennt; eher würde man sie stumm als sprachlos mit Worten machen.“ (was darahnend wohl auf den Nordburckfall gemünzt war!)

Ein Schreiben vom 8. September 1782 an den gleichen Empfänger enthält die bedeutungsvolle Note: „Stets wird sich das Volk, das überall die große Anzahl ausmacht, durch Betrüger und durch Schurken regieren lassen; und die Zahl der Weisen wird allzeit nur aus wenigen einzelnen Köpfen bestehen!“

Am 22. Januar 1784 schrieb der König an den Professor Haller, welcher eine Sammlung alter deutscher Gedichte herausgegeben hatte: „Meiner Ehrgeiz nach sind solche nicht einen Schuß Pulver wert. In meiner Büchersammlung wenigstens würde ich solches eizendes Zeug nicht dulden, sondern herauszuschmeißen.“

Charakteristisch für Friedrich 2. sind seine Worte an Jordan, geschrieben am 24. Februar 1741: „Ich bin jetzt auf meine Sicherheit bedacht und bereite alles vor, um den nächsten Feldzug mit Erfolg führen zu können. . . . Ich liebe den Krieg um des Ruhmes willen. . . . (die Javaliden seiner zahlreichen „Kuhmeskriege“ hätten wohl gern an Stelle ihrer Holzbeine die ganze „Gloire“ für gesunde Glieder eingetauscht).“

Die Schreden des Krieges, welche Friedrich — wie zu seiner Ehre erwähnt werden muß — im Gegensatz zu unserm ehemaligen Obersten Kriegsherrn wenigstens in unmittelbarer Nähe kennen lernen, kennenzulernen manche Reflektionen, die er besser vor seinen „Annehmungen“ angebracht hätte: „10. Juli 1745. Ich wünsche gar sehr, daß dieser Bahndieb, der jetzt in Götting herrscht,

Auch Doumer erledigt?

Der Konflikt in Frankreich zwischen der Mehrheit der Finanzkommission und der Regierung ist durch das Auftreten des Finanzministers schärfer denn je. Die Finanzkommission wollte Doumer Gelegenheit geben, sich zu den von ihr ausgearbeiteten Sanierungsvorschlägen zu äußern. Er hat dabei den Entwurf der Kommission einer Kritik unterzogen und sich zu der Behauptung verstiegen, daß das Plenum der Kammer die „Sinnspinnerei“ der Finanzkommission wie Streu hinwegfegen werde.

Schon die nächsten Tage dürften Doumer darüber belehren, daß er sich verrechnet hat; denn für die Regierungsvorlage ist sicherlich keine Mehrheit vorhanden. Entscheidend ist für die weitere Entwicklung der Dinge, ob Doumer im Namen der Regierung oder in seinem eignen gesprochen hat und welche Haltung die Mitglieder des Kabinetts zu seinen Ausführungen einnehmen werden.

Die Finanzkommission hat beschlossen, den Ministerpräsidenten zu einer Aussprache einzuladen. Nach der persönlichen Aufsprechung, die die Krise angenommen hat, wird Briand den offenen Konflikt mit der Linken nur noch vermeiden können, wenn er sich entschließt, seinen Finanzminister zu opfern. —

Sieg der Opposition.

Die Opposition gegen die ungarische Regierung hat sich doch noch durchgesetzt und die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Frankfälligeraffäre erreicht. Der Ausschuß wird mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet und besteht aus 25 Mitgliedern.

Die parlamentarische Untersuchung soll jedoch erst nach Beendigung der Voruntersuchung, aber vor der Gerichtsverhandlung beginnen. Der Ministerpräsident hat sich bereit erklärt, den Beförden Anweisung zu geben, damit die Arbeiten des Ausschusses möglichst erleichtert werden.

Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses erfolgte gegen den rechten Flügel der Regierungskoalition. —

Deutschtum in Ungarn.

Unlängst die Erörterungen auf dem Kongreß der nationalen Minderheiten in Genf und in diesen Tagen der Kampf um das Privatschulgesetz im rumänischen Parlament haben die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder einmal auf die deutschen Siedlungen in Südosteuropa gelenkt. Sprach man zuweilen in den letzten Jahren übertreibend von je einer Million Deutschen in Rumänien und Südflawien, so gibt jetzt der sicher nicht zu niedrig schätzende „Seimadienst“ die Zahl der rumänischen Deutschen auf 800 000, die ihrer Volksgenossen im Südflawienstaat auf 550 000 an. Merkwürdigerweise beträgt er die ebenfalls rund 550 000 Deutschen in Ungarn, wie man denn namentlich in der rechtsgerichteten Presse Deutschlands öfter die Behauptung findet, daß das Land Hortlyhs ein rein nationaler Staat sei.

Die im Stromgebiet der untern Donau, der Drau und Theiß stehenden Deutschen bilden ein noch zu wenig erforschtes soziologisches und nationalpolitisches Problem. Außer den Siebenbürger Sachsen, in Wahrheit Moselfranken, die sich hier schon im 13. Jahrhundert

niederließen und im Schutz von allerhand Rechten eine gewisse gesellschaftliche Gliederung und eine allerdings partikularen begrenzte deutsche Gesinnung entwickelten, sind die Deutschen in Südosteuropa Nachkommen der Einwanderer, die im 18. Jahrhundert von den Habsburgern in diese durch die Türkenherrschaft verödeten Landstriche verpflanzt wurden. Im Lauf der Jahrzehnte frönten, eine unblutige Revolution gegen Absolutismus und Feudalismus der Heimat, Tauende und Ubertausende von Familien aus Württemberg, Baden, Schwaben, Nassau, Hessen, der Pfalz, dem Elsaß und andern Rheingegenden in die Kolonisationsgebiete, wo immerhin freier zu atmen war. Unter „Naißen“ und „Malachen“, das ist Serben und Rumänen, Pioniere einer überlegenen Wirtschaftsweise, kamen die „Schwabern“, wie sie durchweg genannt wurden, zu blühendem Wohlstand; die Kolonisationsbauern unter ihnen sind gar nicht so selten.

Aber ihrer Heimat zu einer Zeit entfremdet, da Deutschland ein nur geographischer Begriff war, erlebten sie den sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungsprozeß, der das

einmal der Vernunft Platz machte, und daß diese ehrsüchtigen und galligen geheimen Verbindungen, die die Politik beherrschten, endlich einmal mit dem menschlichen Blute, das sie vergießen lassen, gesättigt wären. . . .

Zu seinem Sekretär Darget äußerte er im Jahre 1755: „Künftig greife ich keine Kabe mehr an, außer um mich zu verteidigen. (Die Hohenzollern glaubten sich stets bedroht und angegriffen!) Das Verlangen nach Ruhm (!) und mein Vorteil haben mich zu meinem ersten Kriege, mein Eifer für Frankreich zu dem zweiten bewogen.“

Ueber Kunstfragen, Shakespears, Goethes Götz und den Geschmack des deutschen Publikums urteilt der König im Jahre 1780:

Um sich davon zu überzeugen, wie wenig Geschmack noch in unsrer Zeit in Deutschland herrscht, muß man sich nur in unsre öffentlichen Schauspielhäuser begeben. Man wird dort die in unsrer Sprache überlieferten erbärmlichen Stücke Shakespears auführen und die ganze Zuhörerschaft vor Freuden außer sich sehen, wenn sie diese lächerlichen Possen antäuben, die würdig der Weiben von Kanada sind. Da erscheint jetzt noch ein „Götz von Berlichingen“ auf der Bühne, eine abheuliche Nachahmung dieser schlechten englischen Stücke; und das Parterre applaudiert und verlangt mit Begeisterung die Wiederholung solcher geschmacklosen Klatschheiten. —

Man muß anerkennen, daß der König auch recht achtbar Verfügungen erließ und Neuerungen machte, deren Bekanntwerden ihm Vollständigkeit sichern mußten und die Völkischen und Nationalisten öfter in Erinnerung gerufen werden sollten. So schrieb der König in der Instruktion für die Erziehung seiner Neffen, des Thronfolgers: „Wenn er (der Prinz) einige Jahre älter sein wird, wird man ihm einen kurzen Ueberblick über die Meinungen der Philosophen und die verschiedenen Religionen geben können, ohne ihm daß gegen eine von ihnen einzuführen. Es ist nicht nötig, daß er zu große Hochschätzung vor dem Priester hat, der ihn unterrichtet, (was sagen die Hofprediger dazu?) vielmehr muß er nur das glauben, was er gepflicht hat.“

In seinem politischen Testament äußert sich Friedrich 2. im Sommer 1762: „Katholiken, Lutheraner, Reformierte und Juden und zahlreiche andere christliche Sekten wohnen in diesem Staat und leben in Frieden: wenn der Herrscher sich einfallen läßt, sich für eine dieser Religionen zu erklären, so würden sich alle Parteien bilden, Streitigkeiten entstehen, allmählich Verfolgungen anfangen, und schließlich würde die verfolgte Religion das Vaterland verlassen, und Tauende von Untertanen würden unsre Nation durch ihre Zahl und ihren Gehorsam bereichern. — Ich vermehere den Religionshaß, indem ich allen Zeilen Möglichen

moderne Nationalgefühl formte, nicht im Ring der deutschen Geistes- und Schicksalsgemeinschaft. Da sie, bis auf diesen Tag zu mehr als neun Zehnteln eine schwer bewegliche Bauernmasse, auch aufwühlenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen nicht unterlag, blieb ihr Nationalbewusstsein im 20. Jahrhundert, was es im 18. gewesen war: ein verblühter Brunnen. Diese national noch unerweckte Masse hatte weder den Willen noch die Möglichkeit, ihr Volkstum gegen die Budapest Freijünger zu verteidigen, die in ganz Ungarn nur Magyaren sehen wollten. Nicht nur hielt der ungarische Chauvinismus durch forschreitende Verstaatlichung der deutschen Kirchenschulen die Schulen in seinem Banne, sondern duldete auch nicht eine einzige höhere deutsche Lehranstalt im Lande. Was daraus aus dem Bauerntum zur Bildungsschicht aufstieg, verfiel automatisch der Magyarisierung; der studierte Schwabe wollte kein Schwabe mehr sein, und selbst die Geistlichen und Lehrer fühlten sich fast durch die Pant als Magyaren.

Was unser Jahrhundert an schwachen Gegenregungen sah, wurde schonungslos unterdrückt, und auch im Ungarn von heute schwelgt die Herrschaft noch in dem alten Hochmut, der nur die Magyaren als Nation, die Minderheiten als Völkerabfall einschätzt. Weil die

Derz und Forth gleiche politische Klappen

tragen, schweigt sich unsere deutschnationale Presse gern über die nationale Not der Deutschen in Ungarn aus, obwohl sie ungleich schmerzlicher ist als in irgendeinem Staat des Südens. Nicht weniger als 7 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Deutsche, und sie haben keinen Abgeordneten im Parlament, keine deutsche Bühne, keine wirkliche deutsche Schule; als im August 1924 nach vielem Gängen und Würgen der „Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein“ ins Leben treten durfte, wurde ihm ein Menegat, Minister a. D. Dr. Gräß, Schwab von Abstammung, Magyar von Bestimmung, als Vorsitzender aufgedrängt und ungehindert hüllten die „Klassenhölzer“, die von der „Deutschen Zeitung“ und Konjunkten gestrichelten magyarisieren Pfaffenkreuzer ihr Söhnlied: *Megis hunczot a nemet antiqua!* (Der Deutsche ist doch ein Hundstot.)

Die Deutschen dagegen, die 1918 aus dem Reich der Stephanstrone zu Rumänien und Südslawien kamen, gelangten aus einer Oligarchie in Staaten, die zum mindesten der Form, zum Teil auch dem Inhalt nach Demokratien sind. So fiel ihnen ein besseres Los zu als den unter dem Magyarentum geliebten Volksgenossen. Nicht nur wurden deutsche Gymnasien und Realschulen eingerichtet, sondern vor allem konnten die durch den Weltkrieg aufgerührten und zum Bewußtsein ihrer selbst erwachenden Schwaben ihre Bewegung in breiter Front entfalten. In Rumänien brachte 1919 die Tagung von Hermannstadt den kulturellen, 1921 der Kongress von Czernowitz den politischen Zusammenhang aller Deutschen, und ähnlich wurde 1920 in Südslawien der „Schwäbisch-Deutsche Kulturbund“ und im Jahr darauf die

„Partei der Deutschen“

gegründet. Im Bukarester wie Belgrader Parlament verfechten Vertreter der Deutschen die Forderungen ihres Volkes, und wenn sie auch hier wie dort über Unverstand oder Böswilligkeit meist der untern Behörden oder über Ausschreitungen des nationalen Chauvinismus Laufendfaches zu klagen haben, fehlt es doch nicht, anders als in Ungarn, an Grundsteinen einer besseren Zukunft. Selbst das der korrupten Diktatur Bratianus ausgelieferte Rumänien mußte den Deutschen im Privatgesetz eine Reihe von Zugeständnissen machen, und in Südslawien verhielt der Unterrichtsminister Raditch vor kurzem den Deutschen in Slowenien eine Regelung der Schulfrage auf Grund gegenseitigen Einverständnisses.

Wenn überall im Südsosten die Deutschen in den Genuss der ihnen verheißenen Minderheitsrechte, also vor allem der kulturellen Autonomie, gelangen, so hängt das eben nicht nur von der internationalen Lage, der Ausbreitung des Friedensgeistes in Europa ab, sondern ist ebenso eine Frage der Demokratisierung der betreffenden Staaten.

Ohne einen vollen Regimewechsel haben die Deutschen in Ungarn, wo heute der sozialdemokratische Abgeordnete Knafler am lebhaftesten für sie eintritt, nichts zu hoffen. In Rumänien zeigt, von demokratischem Geist erfüllt, die Anhängerschaft des Professors Jorga wie die Agrarpartei weitgehendes Verständnis für die Deutschen, und auch in Südslawien zeigt sich eine Partei desto rückhaltloser für die Schwaben ein, je aufrichtiger sie demokratisch ist.

Aber wenn Hoffnung auf die Demokratie zur Demokratie verpflichtet, so sind die Deutschen Südsosteuropas vielfach von dieser Erkenntnis noch weit entfernt.

Das das Blatt der Siebenbürger Sachsen

über die „Recarnisierung“ Europas höhnt und die Umschauung verächtlich: „Wer nicht gerade demokratischen Utopien verfallen ist, wird sich darüber klar sein, daß es gesellschaftliche Rangordnungen geben wird, solange es eine menschliche Gesellschaft gibt, daß es sich nur darum handelt, wer oben und wer

predige und ich suche sie zu einigen, indem ich sie darauf hinweise, daß sie alle Mitbürger sind“

Am 23. Mai 1763 erließ der König ferner die Verfügung: „Es sollen abjolut und ohne das geringste ratiouneren alle Leibeigenschaften von Grund an gänzlich abgeschafft werden“ Leider blieb diese Verfügung auf dem Papier stehen.

Nach langem Bemühen schrieb der alternde König am 24. Oktober an Voltaire: „Hoffentlich wird in diesem Winter Frieden werden, und in übrigen lieben wir das Sprichwort: Leben und leben lassen. Es ist ja kaum 10 Jahre lang Frieden gewesen. Man muß ihn so lange zu erhalten suchen, als man kann.“

Auf Grund aller vorstehenden Neuforderungen wird man sich unjünger ein wahrheitsgetreues Bild der Persönlichkeit Friedrich II. machen können. Anschließend daran dürfte die Erkenntnis Allgemeiner der Menschen werden, daß die Geschichte einer Nation in der schlechtesten Republik besser gewahrt sind, als in den Händen und unter den Lunen des besten Fürsten! Dr. Fritz Lochner.

Aufruf für ein Heine-Denkmal.

Die Zeit ist erfüllt. In seiner Vaterstadt Düsseldorf soll dem Dichter Heinrich Heine ein Denkmal errichtet werden — endlich. Ein später Dank für des Sängers so oft und so tief bekundete Liebe zu seiner rheinischen Heimat, ein Dank auch der ungezählten Tausende, die seit über hundert Jahren nun in allen Weltteilen durch sein Lied beglückt, seinen Witz und Geist bereichert wurden.

Noch haben wir nicht einen Heller des benötigten Geldes, noch haben wir nichts als die Gewissheit, daß die Zeit der Mißverständnisse und Widerstände vorbei ist und die Aussicht, daß der Platz, der des Dichters Steinbild in der Stadt seiner Kindheit gebührt, uns gegeben wird. Aber wir wissen, daß überall in der Welt Menschen leben, die Heinrich Heine lieben, wissen, daß sie nur auf dies Zeichen warten, um durch große und kleine Spenden ihrer Liebe und Dankbarkeit Ausdruck zu geben. So sind wir sicher, in kürzester Frist die Mittel zusammenzubringen, die nötig sind. Wir, zwei Dichterkollegen aus der Stadt Heinrich Heines, fühlen in aller Bescheidenheit die Verpflichtung, zusammen mit einigen Düsseldorfer Freunden den ersten Anstoß zu geben. Wer mit uns übereinstimmt, wer uns mit Rat und Tat helfen will, möge Mitteilung richten an den vorbereitenden Ausschuss für ein Düsseldorf Heine-Denkmal, zu Händen von Dr. Herbert Gulenberg, Kaiserwerth bei Düsseldorf. Düsseldorf, Januar 1926.

Herbert Gulenberg. Hans Heine Swarc.

„unten zu stehen kommt“, bedeutet eine üble Empfehlung an die rumänische Demokratie, und noch böhere Taten sind es, wenn bei den Deutschen Südsostens, für die Vollblutgermanen Leute mit Namen Morocutti, Maslo und Roletini als Sprecher auftreten, wenn mit dem „böhschen“ Wahrsinn lotteriert und Schwarzweißrot gefeiert, Schwarzrotgold mißachtet wird.

Auch Wandlungen auf diesem Felde gehören zu den Voraussetzungen einer für alle Teile ersprießlichen Lösung des Deutschenproblems in Südsosteuropa, die das weiße Wort des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Dr. Camill Krofta, bestätigen wird: „Unbefriedigte Zustände können Minderheiten trennen, befriedigte Zustände müssen sie verbinden.“

Hermann Werdel.

Lloyd George und Arbeiterpartei.

Gegenüber der mit großer Reklame angekündigten Rede Lloyd Georges über die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei sowie der in der gesamten bürgerlichen Presse Englands hierüber geführten Diskussion wird der Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ von maßgebender Seite der Arbeiterpartei dahin unterrichtet, daß die Arbeiterpartei im gegenwärtigen Zeitpunkt und angesichts der gegenwärtigen Verfassung der Liberalen Partei einer solchen Annäherung völlig gleichgültig gegenüberstehe. Es handle sich lediglich um eine Angelegenheit der Liberalen, bei der vor der liberalen Parteikonferenz im Februar nicht einmal ersichtlich sei, inwiefern die Stimmungsmache Ausdruck der liberalen Partei sei.

Man ist sich jedoch in den führenden Kreisen der Arbeiterpartei darüber klar, daß sich am Vorabend bzw. nach den nächsten Neuwahlen eine Situation ergeben kann, die eine grundsätzliche Veränderung der bisherigen offiziellen Politik der Arbeiterpartei gegenüber den Liberalen ratum machen könnte, falls eine Zusammenarbeit zwischen den Parteien eine Wiederekehr der Konjunktiven verhindern kann.

Alle Meldungen über bereits stattfindende Verhandlungen sind jedoch Erfindung. Die Blättermeldungen über Lloyd Georges angebliche Absicht, im Falle mangelnder Unterstützung seiner Politik durch die liberale Parteikonferenz, der Arbeiterpartei beizutreten, werden in Kreisen der Arbeiterpartei nicht ernst genommen.

Sei wachsam, Volk!

Gefegnet bist du, deutsches Volk,
Mit Trotteln von Gottes Gnaden,
Sie haben dich mit Schuld und Last
Wie einen Esel beladen.

Dein Born hat sie hinweggefegt,
Und von den vermotteten Köpfen
Wollten die Kronen in den Schutt
Gleich hohlen irdenen Töpfen.

Sie kuschelten sich und blöckten beräusch't:
„Macht euern Dreck alleine!“
Jetzt wittern sie wieder Morgenluft
Und schmieden Abfindungspläne.

Millionen, Milliarden verlangen sie jetzt
Und kriegen sie auch bewilligt,
Denn deutsche Richter sprechen ein Recht,
Das fürstlichen Diebstahl billigt.

Sie stiegen huldvoll zum Volk herab,
Um Liebchen zu desflorieren,
Und diesen schmerzigen Regierungsaft
Soll das Volk jetzt assimilieren.

Gumberland, Großfürst Michael,
Die Fürstin der Hammelbiede —
Sie alle sind treuentschuld aus Gefäß
Und triefen von Vaterlandsliebe.

Die Ferkeln sammeln Betriebskapital,
Um die Republik zu erwürgen.
Gott strafe die Bank von England — sie soll
Den Angriff ihnen verbürgen.

Sei wachsam, Volk, und lasse dich nicht
Gefänglich verhottentotteln,
Sonst wirst du wieder das große Volk
Von Bonnegänjen und -trotteln!

Viktor Kalinewski.

Leo Wechs Rückkehr. Die in den letzten Tagen von Erich Kleiber persönlich geführten Verhandlungen haben das Ergebnis gehabt, daß Leo Wechs am 1. April mit einem zunächst 5jährigen Vertrag wieder als Generalmusikdirektor mit den gleichen Kompetenzen wie Kleiber in den Verband der Berliner Staatsoper tritt. Damit erhält diese wertvolle, zurzeit brachliegende Kraft eines der bedeutendsten deutschen Operndirektoren wieder ein Tätigkeitsfeld. Man hofft, daß er dem Institut wieder die ihm gebührende führende Stellung verleihen und die Kroll-Oper, das Opernhaus der Volksbühne, aus ihrer Stagnation emporkriegen wird. Leo Wechs hat schon früher 14 Jahre lang an der Berliner Staatsoper gewirkt und seine Stellung vor reichlich 2 Jahren wegen seiner Konflikte mit dem damaligen Intendanten von Schillingen verlassen. Das Auscheiden von Schillingen hat also wenigstens in diesem Fall eine erfreuliche Folge gehabt.

Eine pazifistische Zeitschrift. Der durch seinen mutigen Kampf gegen die Kriegsschuldfrage bekannte französische Schriftsteller Victor Marguerite hat unter Mitarbeit zahlreicher Pazifisten Europas und Amerikas eine internationale Monatszeitschrift „Evolutions“ begründet, deren Ziel die Schaffung eines internationalen Weltgenossenschaft ist. Das erste Heft, das Ende dieser Woche erscheinen wird, enthält in seinem ersten Teil den Aufruf „An die Gewissen“ zur Revision des Artikels 231 des Versailler Vertrags, den Victor Marguerite im Namen von hundert hervorragenden Vertretern des französischen Geisteslebens im vergangenen Juli erlassen hat, sowie die gleichgerichtete Kundgebung, mit der sich englische Intellektuelle dem Aufruf Marguerites angeschlossen haben.

Deutsche Schriftsteller in Paris. In der deutschen Bahngastland am Mittwoch zu Ehren von Thomas Mann und Alfred Kerr ein großer Empfang statt, zu dem mehrere französische Minister, darunter Baillet-Latour, Daladier, de Monzie, ferner der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Verhelst, Direktoren der Pariser Universität und Adamia sowie führende Persönlichkeiten der Wissenschaft und des Geisteslebens Frankreichs erschienen waren. Thomas Mann hatte, wie wir gestern berichteten, am Nachmittag in der Carnegie-Stiftung über die neuen geistigen Strömungen in Deutschland, Kerr in einer Veranstaltung der republikanischen Verbände über die dramatische Literatur und ihre Aufgabe im Dienste der Völkerverständigung gesprochen.

Theaterkritik. Auf Einladung von Firmin Gémier wird Max Reinhardt noch im Laufe dieser Spielzeit in Paris ein Ensemblespiel mit dem Titel „Jedermann“ von Hofmannsthal veranstalten. — Etwas Geschickteres hätte er sich dafür schon ausdenken können.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitervertreter auf der Wirtschaftskonferenz.

Eine offizielle Entscheidung darüber, wer als Arbeitervertreter an dem Vorbereitungsausschuss zur Weltwirtschaftskonferenz teilnimmt, liegt bisher zwar noch nicht vor, aber es ist damit zu rechnen, daß als Arbeitervertreter Dubegeff für Holland, Jouhaug für Frankreich, Eggert für Deutschland und ein Engländer zur Vorbereitungskonferenz nach Genf gehen werden.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der dem Internationalen Arbeitsamt das Vorstandsmitglied Eggert als Vertreter vorgeschlagen hat, legt besonderes Gewicht darauf, unmitttelbar, d. h. durch einen Gewerkschaftler aus einem engen Kreise, auf der Weltwirtschaftskonferenz vertreten zu sein. Dieser Standpunkt des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hat seinen besonderen Grund. Den Gewerkschaften, die in der Vorkriegszeit sich in der Hauptsache nur mit sozialpolitischen Fragen beschäftigten, ist nach dem Kriege in den Fragen der deutschen und internationalen Wirtschaft ein neues Tätigkeitsfeld zugewachsen. Die Gewerkschaften betrachten sich, wie das ja auf dem letzten Kongress in Breslau deutlich zum Ausdruck kam, national und international als Sachwalter der Arbeitskraft gegenüber den Kapitalinteressen, und das zwingt sie, unter allen Umständen bei den großen, letzten Endes auch für die sozialpolitischen Fragen entscheidenden, weltwirtschaftlichen Beschlüssen mitzuzusprechen.

Aus diesem Grunde haben die deutschen Gewerkschaften verlangt und schließlich auch durchgesetzt, bei den Handelsvertragsverhandlungen als mitbestimmender Faktor herangezogen zu werden und aus dem gleichen Grunde sind sie geradezu dazu verpflichtet, unmitttelbar, d. h. durch ihre eignen Sachverständigen im Interesse der Demokratisierung der Wirtschaft bei der Weltwirtschaftskonferenz mitzuwirken.

Notizen.

Reichsbanner gegen Nationalistenrummel. Die Räumung der Kölner Zone wird offiziell am 29. Januar, mittags 12 Uhr, beendet sein. Die Reichskreise rüsten aus diesem Anlaß schon jetzt überall zu großen „Siegeseiern“. In Bonn soll z. B. nach Abzug der Besatzung die Regimentsfahne des ehemaligen 7. Bonner Infanterieregiments feierlich eingeholt werden. Das Reichsbanner hat sich durch die geplanten antirepublikanischen Veranstaltungen veranlaßt gesehen, ebenfalls auf den Plan zu treten und in Köln zu einer Demonstration aufzurufen, zu der alle Reichsbannerorganisationen des Reiches Abordnungen entsenden.

Die Vermittlung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der vom sozialdemokratischen Parteiausschuss aufgefördert worden war, zwischen den Parteien den Vermittler zu spielen, um dem Volkstentseid über die Abfindung der Fürsten eine einheitliche Grundlage zu geben, hat am Mittwoch beschlossen, sofort nach Erledigung der Vorarbeiten beide Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung zu laden. Diese Sitzung wird voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche stattfinden.

Bombenanschlag in Ostpreußen. In Ober-Lagid in Ostpreußen wurde in ein Gasthaus eine Bombe geworfen, die beträchtlichen Sachschaden angerichtet hat. Man vermutet, wie auch seinerzeit bei dem Attentat auf die Rattowitzer Zeitung, einen Anschlag von polnischer Seite. Der Witz ist deutscher und auf polnischer Seite nicht beliebt. Die polnische Polizei hat bisher die Verhaftungen von drei deutschen Arbeitern vorgenommen. Als Ursache für diesem neuen Bombenattentat wird man die Hebe des polnischen Westmarkenvereins annehmen dürfen.

Bestrafter Befreiungsversuch. Vor dem großen Schöffengericht in Landsberg hatten sich am Mittwoch Angehörige der schwarzen Reichswehr, ein Oberleutnant Raphael und die Gefangenen Michalow und Schönedt wegen Mordtats und verurteilter Gefangenenerfreuung zu verantworten. Auf Veranlassung von Raphael hatten Michalow und Schönedt in der Nacht vom 14. auf den 15. Dezember einen Ausbruchversuch aus dem Landsberger Gefängnis gemacht und dabei einen Gefangenen aufseher überfallen und gewürgt. Das Attentat mißlang. Raphael wurde zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis, Michalow zu 1 Jahr Zuchthaus und Schönedt zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Waffenlager auf dem Mittergut. In den Wirtschaftsgebäuden des Mitterguts in Cambs (Mecklenburg), das Eigentum eines Herrn v. Derken ist, wurde ein Waffenlager entdeckt. Es bestand aus sieben Kisten mit etwa 40 Infanteriegewehren, einem Duzend Maschinengewehren, 24 Kisten Munition, drei Kisten Handgranaten und zahlreichen andern militärischen Gerät.

Massenverhaftungen in Russland. Die Geheimpolizei der Sowjetrepublik verhaftete 48 Espione, die Staatsangehörige der an Rußland angrenzenden Nationen sind. Die Verhafteten werden beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, militärische Pläne der Sowjetrepublik in die Hände zu bekommen. Die Sowjetregierung erklärt zu diesen Verhaftungen, daß Oberst Swant, angeblich ein Brit, das Haupt der Espione sei.

Depeschen.

Veränderungen in der Reichswehr.

Berlin, 21. Januar. (Radio.) Wie das Reichswehrministerium mitteilt, scheidet mit dem 31. Januar der Generalleutnant von Horn, Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber des Wehrkreises 3, aus dem Heeresdienst aus. An seine Stelle tritt der Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, Generalmajor Gasse, der durch den bisherigen Inspektor der Nachrichtentruppen, Generalmajor Wehll, ersetzt wird.

Englisch-italienische Schuldenverhandlungen.

London, 21. Januar. (Radio.) Nach einer Mitteilung des „Daily Telegraph“ ist es bei den italienisch-englischen Schuldenverhandlungen in zwei Punkten zu einer prinzipiellen Einigung gekommen: Erstens, die Schuldsumme soll in 62 Jahresraten abgezahlt werden, — zweitens, Italien erklärt sich bereit, ein System anzuerkennen, welches regelmäßige Jahreszahlungen vorsieht, vorausgesetzt, daß England in den ersten Jahren Italien eine Art Moratorium gewährt. Ueber die Höhe der Schuldsumme ist es bisher noch zu keiner Einigung gekommen.

Handelsvertragsverhandlungen in Angora.

Ab. Konstantinopel, 21. Januar. Der deutsche Botschafter ist gestern nach Angora abgereist, um die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit der Türkei fortzusetzen. Gleichzeitig wird auch gemeldet, daß der belgische Gesandte in Konstantinopel nach Angora zwecks Abschlußes eines Handelsabkommens abgereist ist.

Pressefieber in Rumänien.

Bukarest, 21. Januar. (Radio.) Die Regierung hat jetzt auch alle ausländischen Zeitungen unter Zensur gestellt und verfügt, daß jedes nach Rumänien eingeführte Blatt zuerst die Militärzensur passieren muß, ehe es verbreitet werden darf.

Kommandowechsel in Marafa.

Ab. Paris, 21. Januar. General Maulin übergibt heute das Kommando der Marafotruppen an den an seiner Stelle zum Oberkommandierenden ernannten General Boichut.

Rind verbräht.

Ab. Grieben (Altmärk), 21. Januar. Das dreijährige Lächterchen des Bauers Reue fiel in einem unbewachten Augenblick in eine mit heißem Wasser angefüllte Schüssel. Nach einigen qualvollen Stunden starb das Kind.

Der letzte Freiligrath.

Ein 79jähriger Landarbeiter.

Die Menschen in Deutschland haben ihn vergessen, den einzigen überlebenden Sohn des großen deutschen Freiheitskämpfers den 79jährigen Wolfgang Freiligrath, der als Landarbeiter arm und nicht beachtet, in dem Dörfchen Kütz auf dem Hunsrüd lebt. Die Deutschen haben mit ihren „angestammten Fürstenthümern“ zu tun, die ihnen das Letzte abknöpfen wollen, die letzten paar tausend Millionen. Darum wurden dem Alten 15 Reichsmark monatliche Rente entzogen und nun lebt er allein noch von der Unterstützung einer Landarbeiterfamilie, die ihn seit vielen Jahren bei sich aufgenommen hat.

Als die Kunde davon in der deutschen Presse auftauchte, hat die Redaktion des „Vorwärts“ einen ihrer Kollegen, den Genossen Karstadt, zu dem letzten Freiligrath geschickt. Was er dort erfuhr, erzählt er wie folgt:

Das Häuschen des Landarbeiters Schmidt.

Das ist ein bekanntes Haus in allen Dörfern auf dem Hunsrüd die rund um die kleine Kreisstadt Simmern liegen. Besonders jetzt im Winter, wo die harte Kälte mit der frühen Dunkelheit einsetzt und die arbeitsgewohnten Hände keine Tätigkeit auf dem Felde finden. Da geht man in das Haus und fragt nach der jungen Frau Schmidt oder nach dem alten „Freilich“. Und wenn der alte „Freilich“ den Kühen das Futter ge-



Wolfgang Freiligrath

Der 79jährige Sohn des Freiheitskämpfers.

geben und die Frau Schmidt den Schweinen den guten Fraß gefoch und alles soweit in Ordnung ist, dann geht's zu den Büchern, zu den Büchern, die des alten Freilichs Vater, der Ferdinand Freiligrath, geschrieben hat. Da sagt nun die Frau Schmidt wo die schönsten Gedichte darin stehen die, wo er den Fürsten die Wahrheit sagt und das Volk aufruft, die Ergebnisse abzuschütteln, wo er die weiße Frau den Fürsten warnend erscheinen läßt.

Es ist der Schrei, den um sein Recht Das Volk erhebt, amoch in Treuen! Du schläfst sehr fest, o, mein Geschlecht, Zu überhören solch ein Schreien.

Ober das „Red vom Tod“ oder der Schwur „Die Toten an die Lebenden“

O, steht gerüstet! Seid bereit! O, schafft, daß die Erde, Darin wir liegen frad und hart ganz eine freie werde.

Das Buch aber, das den Beuten am besten gefällt und wo es heiß, verwegend, aufpulschend oder träumerisch und empfindsam zugeht, das nehmen sie mit nach Hause. Es sind mehrere Bände

da in dem kleinen Haus und den grünen Gärten, aber sie sind so gerlesen, so mit dem Staub des Landes von harten Stunden erfüllt, daß die Blätter schon Neigung zeigen, aus dem Einband zu fallen. Aber bevor sie ganz zerfallen sind, wird man sie auf dem Grabe des alten Sängers der Freiheit in einer Kapelle beisetzen und vielleicht schreibt einer darauf: „Die Hinterlassenschaft meines Sohnes Wolfgang, den die Republik hungern läßt, der aber bei der Frau Schmidt und ihrem Manne, dem Landarbeiter, Nahrung und Wohnung fand.“ Nahrung und Wohnung gibt die Frau Schmidt und ihre Familie dem Alten gern. Sie sind es ja immer so gewohnt gewesen, den Alten um sich zu haben. Wolfgang Freiligrath gehört einfach zur Familie; er lebt seit 33 Jahren in dem kleinen Hause auf dem Hunsrüd westwärts und von niemand getrennt. Er hat die Frau Schmidt und ihre Schwester als kleine Kinder mit erzogen, helfen und erzieht jetzt ihre Kinder. Er hilft bei der harten Arbeit auf dem Lande soweit das mit seinen 79 Jahren noch in seinen Kräften liegt. Er hat das Korn und Hirt es bündeln, wenn es reif ist. Er hat auch von den Freiheitsgedanken, die vom Vater her in seiner Seele leben, in die Köpfe der Kinder. Er macht kein Aufhebens davon, er ist kein Demagoge und ist wohlgelesen. Das Leben ist so eng geworden um ihn, da muß man eben beschreiben werden. Aber einst war das anders, da lebte in ihm der Abenteuergeist des Vaters, das Drängen in die Ferne, die heiße

Sehnsucht in aller Welten Länder zu drängen, und was der Alte erträumte und in beseligten Phantasien niederschrieb — das durfte er erleben. Da sitzt Wolfgang Freiligrath, 79 Jahre alt, zu Kütz auf dem Hunsrüd und erzählt von seinen Erinnerungen.

Seine Erinnerungen.

Er war das Patenkind eines Onkels von Goethe, den der Vater aus der weimarischen Heimat der Mutter kannte und auf dessen Patenschaft er großen Wert legte. Dachte vielleicht, er werde die väterlichen Talente erben und sah im geistlichen Vornamen ein gutes Omen. Wolfgang Freiligrath entwickelte sich aber anders, wurde ein Mann der tätigen Hand, stand mit beiden Füßen auf der Erde. Ganz frühe Kindheits-Erinnerungen an den Vater beziehen sich auf die Zeit, als dieser in der Verbannung in London lebte, nachdem er sich ganz der neuen Freiheitsbewegung in die Arme geworfen hatte.

Vom Gedanken bis zur Tat Schlug ich dreist die Brücke, Hüben sieh ich, und kein Pfad führt mich je zurück!

In London wurde auch Wolfgang 1847 — ein Jahr vor dem großen Sturm — geboren. Wolfgang schildert den Vater als einen stillen, ruhigen und immer freundlichen Menschen. Die Kinder, es waren noch vier, sahen ihn wenig. Er führte das Leben eines vielbeschäftigten englischen Kaufmanns, kam abends gegen 8 Uhr nach Hause und schloß sich sofort in seiner Bibliothek ein, die keinem der Kinder zugänglich war. Zum Abendessen kam er dann nach unten, und die ganze Familie saß dann um das lobende Feuer in dem großen Kamin während Vater Freiligrath harmlose Scherze zum besten gab. Die Ältesten der Kinder, Wolfgang und Käthe, dursteten mit den Eltern noch einige Zeit ausbleiben, während die jüngeren ins Bett geschickt wurden. Nach dem Besuch einiger Vorbereitungsschulen wurde Wolfgang dann an die Univeritätschule in der Gowerstreet geschickt, wo er bis zu seinem 17. Jahre blieb. Dann trat er sofort ins Leben hinein, wurde Volontär in einem Speditionsgeschäft, das ein Freund des Vaters innehatte. Er bewährte sich und wurde Juniorclerk in der Metropolitanbank. Im Jahre 1866 wurde Wolfgang nach Köln geschickt, um dort praktisch die Gerberei zu erlernen. 1868 begab sich der alte Freiligrath auf eine Reise nach Deutschland, wobei er in Köln auf der Durchreise nach Stuttgart begeistert begrüßt wurde. Seine Ankunft war lange vorher gemeldet, und ungeheure Menschenmengen hatten sich an der Dampferanlegestelle versammelt. Wolfgang war stolz, daß er den Mittelpunkt bilden durfte und als erster den gezeierten Vater begrüßte.

In Köln blieb er dann bis 1870, um schließlich, da in der Drang in die Ferne immer stärker erfasste, seine Abreise nach Amerika vorzubereiten. Aber kaum war er wieder in London eingetroffen, als der Deutsch-Französische Krieg ausbrach. Er meldete sich freiwillig, fuhr nach Bonn zurück und wurde dort einem Sanitätscorps angegliedert, mit dem er auch einen Teil des Krieges mitmachte. In diese Zeit fällt das Gedicht des Vaters Freiligraths „An Wolfgang im Felde.“ Nach Friedensschluß ging Wolfgang dann nach Stuttgart zu den Eltern, um seine angegriffene Gesundheit wiederherzustellen. Er hatte damals schon den Eindruck, daß es mit dem Vater bergabwärts ging. Er lebte sehr zurückgezogen und spann sich in eine enge Welt der Verbitterung ein, die ihn bis zu seinem Tode eng umschloß. Nach dem Tode seines Bruders Otto, den der Vater besonders lieb gehabt hatte, verschärfte sich dieser Zustand. Die Mutter setzte alles daran, ihn aus dieser Weltentriektheit wieder unter Menschen zu bringen. Es gelang ihr nicht. Er verließ tagelang nicht mehr das Haus und blieb unsichtbar für die ganze Familie.

Im Februar 1872 führte dann Wolfgang den lange zurückgestellten Entschluß aus und ging nach Amerika. Er nahm Stellung in Buffalo, in einem Leder- und Häutegeschäft, an und verwertete dort seine Kenntnisse in der Gerberei. Das machte sich. Er fühlte sich in seinem Element und konnte die ganzen nordwestlichen Staaten bereisen. Später ließ er sich dann in Minnesota mit einem eignen Geschäft nieder, das auch reichen Gewinn abwarf. Aber die Frau, die er inzwischen geheiratet hatte, erkrankte, und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit wurde die Fahrt nach Deutschland angetreten. 1876 wohnte Wolfgang wieder in Mannheim bei den Eltern. Er fand jetzt den Vater ganz still gemorden und kaum wieder zu erkennen. Ein alter Achtundvierziger, Ludwig Walewsky, war viel bei ihm. Es bedrückte ihn, daß das Deutsche Reich ganz anders geworden war, als er es ersehnte, daß eine neue Periode der Knechtschaft sich vorzubereiten begann. Im März 1876 erkrankte dann der alte Freiligrath und bald darauf trat auch der Tod ein. Kurz vorher hatte er eine kleine Zeitung in englischer Sprache redigiert und sich über das Honorar gefreut, das er nach langer Zeit wieder für eine geistige Arbeit erhielt. Er starb morgens um 6 Uhr, im Lehnstuhl sitzend im Kreise seiner Angehörigen. Ungeheure Menschenmengen nahmen an dem Begräbnis teil.

Nun begann das Wanderleben des Wolfgang. Er ging zunächst wieder mit seinem Bruder Percy nach Kalifornien, wo sie eine Mine erwarben, die aber kein Gold abwarf. Nachdem sie hier vergeblich eine ganze Zeit gearbeitet und ihr Geld ausgegeben hatten, wurde San Francisco aufgesucht, und kurz ent-

Mannheim lieben Wolfgang auf Witzburg 1862.

Familie einer Widmung des Dichters an den Sohn.

schlossen, da es am Notwendigsten zu mangeln begann, verdrängte sich Wolfgang bei einem Pächter auf der Quabaldi-Bai. Aber auch das war nur ein Unterkommen auf kurze Zeit. Er wurde dann beim Bau der Nordpazifikbahn angestellt und kam hoch hinauf bis an die Quellen des Columbiaflusses. In Mexiko wurde eine Silbermine erworben, die in der Nachbarschaft einer großen bereits ausgebeuteten lag. Es hieß die Silberader, führte in die Mine, und man versprach sich Millionenverdienste. Aber die Silberader führte woanders hin, die Mine blieb ertraglos. Nach vielen Enttäuschungen lehrte Wolfgang dann 1890 nach Düsseldorf zurück, wo er bei Mutter und Bruder wohnte. Nach dem Tode seiner immer kränkelnden Frau in London suchte er nach einem neuen Tätigkeitsfeld. Bei diesem Suchen kam er auf die Höhe des Hunsrüds in das kleine Dorf Kütz, wo ihn der Förster als Jagdpfleger und Jeger mit beschäftigte.

Die Jahre der Entfugung.

Es kam, wie es kommen mußte. Das heiße Leben, das Wandern durch die Welt, das Sorgen um den Unterhalt nach dem Tode der Frau, hatten den Alten vorzeitig müde gemacht. Er wurde wohl auch etwas menschlicher und suchte in der Natur und in dem kleinen Kreise seiner einfachen Freunde Genüge zu finden. Die Natur spann ihn ein, das Jagd- und Forstleben ließ Kräfte nicht mehr zur Entwicklung gelangen, die in ihm schlummern machten, aber nur durch Bewegtheit gelöst werden konnten. Er wurde ein Juchgelehrter und ein bißchen Sonderling. Der Drang in die Ferne, die er durchstreift, aber nicht zu Ende genossen, wurde wohl noch einige Male lebendig in ihm. Er hätte ihm vor einigen Jahren wohl noch einmal nachgegeben, wäre noch einmal in den Strom gekommen, in ein neues Schicksal verwickelt worden, aber die Mutter, die er abgöttisch liebte, ließ es nicht zu. Sie faßten Pläne, ihr Leben zusammen weiterzuführen, aber bevor es dazu kam, erlöste sie der Tod.

Und dann war er zu alt, noch einmal den Kampf mit dem Leben aufnehmen zu können. Er wurde beschwender und bedürfnisloser — das Pfeifchen im Munde, das bißchen Essen in dem Magen, das warme Bett in der Dachkammer — genügte schließlich auch, mußten genügen. Er war so vergessen, daß vor einigen Jahren in einer angesehenen Monatschrift, die sich mit dem Andenken Ferdinand Freiligraths beschäftigte, sein Leben als lange beschlossen angegeben wurde. Später trat dann eine



Das Haus, in dessen Dachkammer der Greis leben muß.

Bandlung ein. Einer seiner Freunde machte den Versuch, die Deffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß ein Sohn Freiligraths noch lebe, und daß es nicht zum besten mit ihm stehe. Man bewilligte ihm eine Kleinrente von 15 Mark monatlich. Aber diese wurde auch bald nicht mehr gezahlt, und als Stimmen laut wurden und ein bürgermeisterliches Ohr der guten Stadt Simmern auf dem Hunsrüd schließlich doch erreichten, wurde einer aus der Familie, die sich des greisen Dichters Sohnes angenommen hatte, vor den Westrengen besoffen. Der Herr Bürgermeister fragte erstaunt und unwillig, ob denn der Herr Freiligrath nicht mehr satt zu essen habe. Nachdem ihm versichert wurde, daß er dieses noch habe — ließ man die Sache wieder auf sich beruhen — wo sie heute noch liegt.

Von den Geschwistern Wolfgang Freiligraths ist heute nach dem Tode der Schwester Käthe, die als angelehene Schriftstellerin in England lebte und dort besonders durch ihre Uebersetzung Grimmscher Märchen ins Englische bekannt geworden ist, die Schwester Luise, ebenfalls hochbetagt, am Leben. Sie wohnt in England und hat den Nachlaß an Briefen ihres Vaters vor einiger Zeit herausgegeben.

Wer soll nun sorgen für den greisen Sohn des großen Freiheitsdichters? Der Amtschimmel darf es nicht. Der darf es erst, wenn der Mann hungrig ist. Da aber festgestellt ist, daß er „noch satt zu essen“ hat, so muß eben auf den Augenblick gewartet werden, wo das Hungern beginnt. Das Hungern wird aber erst dann beginnen, wenn der Landarbeiter Schmidt, der jetzt für den fast 80jährigen Dichtersohn sorgt, selber nichts zu essen hat. Vielleicht, wenn Mitglieder den Kartoffelfelder leeren und das Mehlfaß. Dann wird der Augenblick gekommen sein, der das „amtliche Eingreifen“ dienlich erscheinen läßt.

Bis dahin wird man sich eines andern Weges bedienen müssen, um die Mittel für den Unterhalt Wolfgang Freiligraths zu beschaffen. Denn ist es nicht Sache der Nation, eine Pflicht der Deutschen Republik, den Sohn ihres Ründers und Propheten, aus der Dürftigkeit seines Lebensabends herauszuheben? Dürfen darüber noch Zweifel bestehen, wie das Andenken des Mannes zu ehren sei, der die bitteren Worte schrieb:

Bettelkinder haben nichts Als des Vaters reinen Namen!

Wenn die deutsche Republik nicht dazu zu bewegen sein sollte, haben die deutschen Republikaner die Pflicht, für den letzten Freiligrath zu sorgen, und sie werden dann diese Pflicht gewissenhaft erfüllen.

Aus den Gerichtssälen.

Massenbetrügereien.

Die erst vor einigen Tagen wegen Betrugs zu schweren Gefängnisstrafen verurteilten „Kaufleute“ Bernhard Franke und Walter Züchner standen am Mittwoch abends wegen Betrugs in zwölf Fällen vor dem erweiterten Schöffengericht. Während in der vorigen Verhandlung Züchner die Hauptrolle spielte, gilt diesmal Franke als Hauptangeklagter. Als die beiden Angeklagten, ehemals selbständige Geschäftleute, wirtschaftlich zusammengebrochen waren, kamen sie auf den Gedanken, durch Betrügereien größten Stils ihr Leben zu fristen. Wenn es gelingen war, irgendeinen gehörig zu neppen, trafen sich die beiden mit guten Freunden und vertrauten das zusammengekauerte Geld. Nach den eignen Angaben der Angeklagten ist selten ein Tag vergangen, an dem sie nicht betrunken waren. Das notwendige Geld dazu verdienten sie auf folgende Art:

Eines Tages kaufte Franke hintereinander zwei Fahrräder auf Teilzahlung, leistete in jedem Fall eine geringe Anzahlung, blieb aber den Rest, der jedesmal über 100 Mark betrug, schuldig. Die Räder wurden möglichst noch an demselben Tage wieder verkauft und das Geld betrunken. Zum Weiterverkauf der Räder bediente sich Franke seines mitangeklagten Freundes Züchner. Im allgemeinen haben diese beiden Angeklagten stets gemeinschaftlich gehandelt und auch meistens gemeinschaftlich das erbeutete Geld betrunken. Als Franke nach einem fröhlichen Besuche in später Mitternachtsstunde wenig Lust verspürte, zu Fuß nach Hause zu gehen, bestellte er sich eine Droschke. Da er aber kein Geld zur Bezahlung dieser Kabri mehr besaß, versuchte er unterwegs heimlich die Droschke zu verlassen, wurde aber daran von dem Fahrer verhindert. Dieser hat bis heute seine Entscheidung für die nächtliche Kabri noch nicht erhalten. Um billig zu einem neuen Anzug zu kommen, ging Franke eines Tages zu einem Abzählungsgelehrten, ließ sich einen Anzug ankaufen, „bergaß“ aber die monatlichen Raten zu bezahlen. Vor Gericht gab er an, daß der Anzug nicht gekauft hätte und er deshalb eine Bezahlung nicht für notwendig erachtete. In ähnlicher Weise wurde auch ein Kaufmann geschädigt, der Franke auf einen Wechsel 15 Oberhänden im Werte von 135 Mark überließ. Er mußte zu seinem Schrecken später feststellen, daß der Wechsel gefälscht war. Als er darauf von Franke seine Oberhänden zurück haben wollte, konnte er nur in Erfahrung bringen, daß die Semden bereits bei einem Pfandgeschäft für 53 Mark verpfändet waren. Um nicht noch größeren Schäden zu haben, löste der Betrugene den Pfandbrief über diese Höhe ein und kam so wenigstens wieder in den Besitz seiner Semden.

Franke wurde dann Strobinzenträger. Zunächst handelte er mit Nigarren. Zu diesem Zweige bekam er von einer Magdeburger Firma eine Kunterkollaktion im Werte von 135 Mark, die er an demselben Tage für eine Rechnung in einer Gattungsverkauf veräußerte. Dann wurde er Reisender für eine Magdeburger Verlagshandlung. Er versicherte dem Vorstehenden, daß er selbstständig nur „widerständliche Sachen“ vertreiben und auch nach einigen Tagen einen großen Reichtum bei der Firma abgeben hätte. Unter den Bestellern befand sich auch wieder Züchner, der für 160 Mark Bücher bestellt hatte. Die übrigen Bestellscheine, gleichfalls im Höhe von 90 bis 200 Mark, stammten zum Teil von Leuten, die wirtschaftlich gar nicht in der Lage waren, solche Beträge für Bücher ausgeben zu können. Durch die Fingerringen wurde festgestellt, daß zum Teil die Besteller im guten Glauben Mantoscheine unterzeichnet hatten. Den Text füllte Franke später nach Belieben selbst aus. Auf Grund der vorliegenden Bestellungen ließ er sich einen Vorstoß von 70 Mark auszahlen. Als er das Geld weg hatte, trat Züchner in den Laden und zog seine Bestellung wegen völliger Mittellosigkeit zurück. Auch die übrigen Bestellungen konnten nicht ausgeführt werden, da die angeblichen Besteller von nichts wußten und deshalb die Annahme der Bücher verweigerten.

Schließlich kamen alle diese Schwindelereien doch zu Ohren der Kriminalpolizei, die sofort Haftbefehl gegen Franke erließ. Der Kranke zunächst nicht anfinden war, blieb der Haftbefehl wirkungslos, bis dann doch eines Nachts die Polizei durch folgenden seltsamen Umstand die Festnahme vornehmen konnte: Franke war wieder einmal betrunken und war mit seiner Frau in Streit geraten. Da Franke seiner Frau drohte, sie erschießen zu wollen, ließ diese vor Angst auf die Straße und bei nur polizeilichen Schutz. Ein Beamter ging mit in die Wohnung des Franke, um da er sich des Haftbefehls erinnerte, wollte er ihn festnehmen. Doch das ging nicht ohne Zwischenfall ab. Freiwillig wollte der Angeklagte keinesfalls seine Wohnung verlassen. Da er dem Polizisten nicht folgen wollte, sah sich dieser genötigt, Hilfe heranzuziehen. Erst drei Polizeibeamten war es möglich, den wie wild um sich schlagenden Franke aus dem Hause zu jagen, und da er sich weigerte, Kleider anzulegen, wurde er mit dem Hemde bekleidet, zur Polizeiwache gebracht.

Die Hauptbetätigung des Angeklagten war jedoch die sogenannte Hypothekenvermittlung. Obwohl der Angeklagte völlig verarmungslos war, gründete er in Magdeburg ein „Geschäft“, engagierte sich eine „Friedrichstraße“ und vier weitere Angestellte und ließ große Inserate in den Zeitungen los. Um zu Gelde zu kommen, war er mit einem Hypothekenvermittler in Hannover in Verbindung getreten, von dem er auch den Auftrag zur Einholung von Hypothekenanträgen erhielt. Diesen geringen Aufwand bezahlte Franke, um Anträge aller Art in Empfang zu nehmen, seine Reisenden in die Welt zu schicken und sich vor allem ansehnliche Strobinzenträger

schaffe bis zur Höhe von 500 Mark auszahlen zu lassen. In keinem Falle wurde aber ein Hypothekenantrag zur Zufriedenheit der Vorstehenden und Antragsteller erledigt. Da der Gewährsmann aus Hannover bald merkte, daß Franke keine reellen Geschäfte abschloß, teilte er ihm freundlich mit, daß er die Geschäftsverbindung mit ihm löse.

Trotzdem arbeitete Franke im Namen des Geschäftsmannes aus Hannover ruhig weiter. Da ihm Vorstehungen in 47 Fällen gelang, hatte er durch seine „Hypothekenvermittlung“ ein ganz nettes Geschäft gemacht. Vor dem Schöffengericht verurteilte der Angeklagte die Hauptschuld auf seinen „Kollegen“ in Hannover abzuschieben. Er selbst will für diesen nur der „Strohmann“ gewesen sein. Die Hauptvernehmung ergibt aber, daß vor allem Franke recht aktiv in dieser Angelegenheit gearbeitet hat.

In einigen Fällen leistete der Kaufmann Willi Bloßfeld, der auch in dem Prozeß in der vorigen Woche schon eine Rolle spielte, dem Angeklagten Franke Beihilfe zu den Betrügereien. Deshalb muß er gleichfalls mit auf der Anklagebank Platz nehmen.

Das Gericht erkannte für Franke auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust. Züchner erhielt 7 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Bloßfeld 3 Monate Gefängnis.

Betrug über Unwissenheit?

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Furgahändler Hermann Jannich wegen Betrugs zu verantworten. Der Angeklagte kaufte von einer Firma eine Fuhrre Heu, wobei er nur als Vermittler auftrat. Er wollte das Heu für einen der Firma bekannten Händler übernehmen. Da er außerdem berichtete, daß er die Hälfte des Kaufpreises am Tage der Lieferung bezahlen wollte, ging die Firma auf diesen Vorschlag ein. Der Angeklagte nahm die Fuhrre Heu in Empfang, leistete aber weder da er einer Zahlungsaufforderung des Lieferanten nicht folgte, wurde er wegen Betrugs angezeigt. Vor dem Schöffengericht verurteilte der Angeklagte, daß ihm jede Betrugsabsicht ferngelegen habe. Er gibt allerdings zu, daß er die Fuhrre Heu einer Firma geliefert habe, bei der er wegen Lieferung von zwei Fuhrren Stroch in Schulden geraten war. Weiter befindet er, daß er trotzdem den Preis von 265 Mark für das Heu bezahlt hätte, wenn nicht ein anderer Furgahändler ihn gebeten hätte, nicht dem Heulieferanten, sondern ihm die 265 Mark auszahlen, da der Lieferant bei ihm eine Schuld in derselben Höhe noch nicht beglichen hatte. Der Angeklagte ist auf diesen Vorschlag eingegangen, hatte den Kaufpreis an einen Gläubiger seines Lieferanten abgeführt und ist nur der Auffassung, daß er wegen Betrugs nicht belangt werden könnte.

Das Gericht sieht aber auf einem wesentlichen andern Standpunkt und jagt, daß es gleichgültig sei, ob der Lieferant noch an andere Firmen Beträge zu bezahlen hatte. Der Angeklagte hätte auf jeden Fall die Verpflichtung gehabt, den vereinbarten Geldpreis pünktlich an den Heulieferanten abzuführen. Da außerdem der Lieferant als Zeuge befand, daß er dem Angeklagten niemals Kredit gegeben, wenn er sich nicht als Vermittler für eine ihm bekannte Firma ausgespielt hätte, sah das Gericht vollendeten Betrug vor liegend an und verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. Da er wegen eines andern Eigentumsdelikts noch Bewährungsfrist zu laufen hat, vertrat das Gericht die Meinung, daß eine nochmalige Strafaussetzung nicht in Frage käme.

Kleine Chronik.

Dem Gatten in den Lob gefolgt. Die furchtbare Tragödie, die sich am 29. November vergangenen Jahres in der Schellingstraße in Berlin ereignete, wo der Kürjennmaler Jollenstein nach schweren geschäftlichen Verlusten sein 43jähriges Söhnchen und sich selbst erschoss und seiner Gattin eine lebensgefährliche Verletzung beibrachte, hat einen grausigen Abschluß gefunden. Der Bemühungen der Ärzte des Elisabeth-Krankenhauses gelang es, die Schwerverletzte, die das Augenlicht verloren hatte, am Leben zu erhalten. Frau Jollenstein war vor 14 Tagen aus dem Krankenhaus entlassen worden, und man hatte ihr eine Krankenpflegerin mitgegeben, da man schon damals fürchtete, daß sie ihrem Leben ein Ende machen würde. Am Dienstag gelang es ihr, eine größere Dosis Veronal an sich zu nehmen. Gestern früh wurde sie in ihrer Wohnung tot aufgefunden. In der Küche stand der Gasbrenner offen.

Bisher acht Todesopfer der Explosionskatastrophe in Moabit. Bei ihren Verunglückten an der Unfallstelle in der Kirchstraße 9 rief die Feuerwehr gegen 10 Uhr auf die Leiche einer Frau, die entsetzliche Verwundungen aufwies. Man erkannte die Leiche als die 33 Jahre alte Frau Felber, die zu den Mietern des Hauses gehörte. Es muß noch immer mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß noch weitere Leichen unter den Schuttbergen begraben liegen, da noch zwei Bewohner des Hauses als vermisst gemeldet und auch die Leiche des Seifenhändlers Kohns noch nicht geborgen ist. Nach den bisherigen Feststellungen sind folgende Personen bei der Explosionskatastrophe tödlich verunglückt: Der 31 Jahre alte Kaufmann Friedrich Währe, der in dem Hause Kirchstraße 9 ein Strickwarengeschäft unterhielt, der Arbeiter Pflaum aus der Zimmerstraße 19. Dieser Mann passierte auf dem Wege nach Bahnhofs Bellevue im Augenblick der Explosion den Bürgersteig vor der Unfallstelle. Die 59 Jahre alte Ehefrau Göder aus der Kirchstraße 9 und deren Enkel, der 3 Jahre alte Wolfgang Göder. Der 33 Jahre alte Ingenieur

Otto Gray und der Arbeiter Wilhelm Felber, beide Bewohner des Hauses Kirchstraße 9. Felber befindet sich im Moabit Krankenhaus die Leiche noch unidentifizierten Mannes. Mitin sind bis jetzt acht Todesopfer festgestellt worden. Dem Mechaniker Richard Gerzmann, 67 Jahre alt, der auch den Straßenbaum im Augenblick des Unglücks in der Kirchstraße passierte, mußten beide Beine amputiert werden. Die Kriminalpolizei ist bemüht, mit mehreren Sachverständigen die Schuldfrage festzustellen. Es haben sich weitere Zeugen gemeldet, die beobachtet haben, daß sich unbefugte Leute an der Hauptgasuhr im Keller des Hauses zu schaffen gemacht hatten. Da sich die Einsturzsache wieder stark erhöhte, mußten die Bergungsarbeiten der Feuerwehr eingestellt werden.

Unterföhlungen bei einer Sparkasse. Große Unterföhlungen sind bei der Sparkasse in Brackel bei Dortmund festgestellt worden, die insgesamt 800 000 bis 1 000 000 Mark betragen sollen. Der bisherige Sparkassenrentant Haffelhoff, der seit dem Jahre 1924 pensioniert ist, wurde verhaftet. Wie die Unterföhlungen bemerkt werden konnten, ist noch nicht aufgeklärt. Haffelhoff galt in seiner Umgebung als ein einwandfreier Mann und bekleidete auch mehrere Jahre Ehrenämter. Den Sparern werden, wie mitgeteilt wird, keine Nachteile entstehen, da der Betrag gedeckt ist.

Wieder eine Geheimbrennerei aufgedeckt. In Frauenreuth wurde durch Beamte der Greizer Zollinspektion unter Mitwirkung von drei sächsischen Zollbeamten eine Geheimbrennerei aufgedeckt. Der Haupttäter ist ein Drogist in Reichenbach i. B. Die Brennerei befand sich in einer alten Bierbrauerei tief unten im Keller. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, gehen die Steuerhinterziehungen in viele Tausende.

Ein Skelett im Kalkofen. Einen graufigen Fund machte man in Dornap bei Elberfeld beim Reinigen eines großen Kalkringofens, der an der Landstraße nach Wülfrath liegt. In einem der Luftzüge fand das ausgeglühte Gerippe eines jungen Menschen, wahrscheinlich eines Knaben. Weil in diesen Luftzügen beim Betrieb des Ofens eine Temperatur von 1000 Grad herrscht, so waren natürlich alle Kleidungsstücke und auch die Fleischteile des Unglücklichen ganz verbrannt. Im ganzen war aber das Skelett noch so gut erhalten, daß man aus ihm auf einen etwa fünfzehn Jahre alten, 140 Meter großen Knaben schließen kann, wie die gerichtsarztliche Untersuchung festgestellt hat. Es war bisher nicht möglich, die Persönlichkeit des Knaben zu ermitteln.

Gefährliches Talent. Infolge übergroßen Zeichentalentes kam ein junger Hamburger Maler auf die Anklagebank. Einmaliges kam er auf den gefährlichen Gedanken, fünf Rentenmark-Scheine zu entwerfen, was ihm auch mit Hilfe von Kunst und Tuschel täuschend gelang. Um seine Kunst praktisch zu erproben, brachte er sie in den Verkehr, wurde indessen sofort von der Polizei in Gewahrsam genommen und mußte sich wegen der schweren Anklage der Fälschmünzerei verantworten. Um das Talent — sozusagen als mildernes Umstand — noch einmal gerichtlich festzustellen, ließ der Vorstehende von dem hoffnungsvollen Künstler den Gerichtsschreiber von der Anklagebank aus zeichnen. Das wohlgelungene Porträt dieser wichtigen Persönlichkeit setzte die Richter in der Tat in die größte Verblüffung und im Urteil ließ man es denn auch bei einer geringen Gefängnisstrafe.

Schnee und Unwetter. Im ganzen Rheintal, an der Mosel und an der Lahn sind große Schneemassen niedergegangen. Nach einer Mitteilung der Rheinstrombauverwaltung ist jedoch die Befürchtung, daß eine neue Hochwasserkatastrophe eintreten könnte, nicht begründet. Die starken Schneefälle, die in Zentraluropa eingetreten sind, haben den internationalen Fahrplan, besonders den Verkehr in Oberitalien, wo man solchen Naturereignissen nicht gewachsen ist, in Unordnung gebracht, so daß die internationalen Züge in Chiasso mit vier- bis fünfstündiger Verspätung eintreffen. In Oberitalien ist infolge der Verstopfung der Bahnhöfe eine Verkehrsstaung eingetreten, so daß seit dem vergangenen Freitag die italienischen Staatsbahnen keine Güterzüge mehr übernehmen. Am Sonntag benachrichtigten die italienischen Bahnen die Stationen der Schweizerischen Bundesbahnen, daß die Güter nach Italien nur unter Vorbehalt expedieren können. Die Güterstation in Italien hat sich auch auf die schweizerische Gotthardlinie übertragen. Ein Orkan, der drei Tage lang auf den Kanarischen Inseln wüthete, hat besonders in Las Palmas furchtbare Verheerungen angerichtet. Fast kein Haus ist unbeschert geblieben. Die meisten Viertel der Stadt sind noch überflutet. Bisher sind die Leichen von sechs bei der Ueberflutung ertrunkenen Personen geborgen worden.

Explosionsunglück in einem Warschauer Fort. Zu einer größeren Explosion von Munitionsmaterial kam es in einem polnischen Fort in der Nähe von Wilanow bei Warschau, während sich die Munitionsarbeiterinnen beim Sortieren von Munitionsmaterial befanden. Durch die Explosion eines Schrapnells wurden mehrere Explosionen von Geschossen verursacht, wobei fünf Arbeiterinnen getötet wurden.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Eine günstige Einkaufsmöglichkeit bietet die neue Doppelpackung von „Schaumpon mit dem schwarzen Kopf“. Sie enthält 2 Beutel, für zweimalige Kopfwäsche ausreichend, und kostet 35 Pfg. Die bekannte Einzelpackung ist auch weiterhin für 20 Pfg. erhältlich. Achten Sie aber in jedem Fall auf die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“.

Der 2. Zille-Großfilm

Die - Da unten

Ab heute

Scala

LICHTSPIELE

Halberstädter Straße 54 - Saal 1

Großes Orchester

Prachtvoller Auffenshall

Beginn 6 1/2 8 1/2 Uhr

Voranzeige!

Freddrichs Festsäle

REDOUTE Montag d. 1. Febr.

Chaisonges.
Die Stadt hat den Tod des kühnen Söldners, des Bürgerweihers der Stadt Groß-Geige, Kreis Salze (1927 Einwohn.) zu befehen. Die Beil erfolgt am 12. Februar, Beerdigung nach Gruppe II (Ordnung C) mit Aufzählung nach 12 höchsten Dienstjahren nach Gruppe II. Beerdigung nach Gruppe II.

Durch unsere Lesekarte
ist der Bezug von Büchern in Raten

Mad. mit erhalt Buchhandlung
Vollständig, große Auswahl

Die Stadt hat den Tod des kühnen Söldners, des Bürgerweihers der Stadt Groß-Geige, Kreis Salze (1927 Einwohn.) zu befehen. Die Beil erfolgt am 12. Februar, Beerdigung nach Gruppe II (Ordnung C) mit Aufzählung nach 12 höchsten Dienstjahren nach Gruppe II. Beerdigung nach Gruppe II.

Die Beerdigung nach Gruppe II erfolgt am 12. Februar, Beerdigung nach Gruppe II.

Die Beerdigung nach Gruppe II erfolgt am 12. Februar, Beerdigung nach Gruppe II.

Anmeldungen für den Bürgerkreis nimmt an Buchhandlung Volkstimme.

Bekanntmachung.
Betrifft Registrierung ausländischer Arbeiter für 1926.

1. Dem Registrierungsamt unterliegen alle im Inland in öffentlichen oder privaten Betrieben beschäftigten Arbeiter im Sinne des Reichsbeschäftigungsgesetzes vom 4. Februar 1924 eintritt der niederen Dienststellungen, die nicht deutsche Reichsangehörige sind.

Die Anträge sind sofort, spätestens bis zum 28. Februar 1926 im letzten Einwohnermeldeamt, Berliner Straße Nr. 42 in Reichshaus, Zimmer Nr. 17, zu stellen. Für verspätet gestellte Anträge werden doppelte Gebühren erhoben.

2. Mit den Anträgen sind voranzulegen:
a) die vorjährige Arbeiter-Registrierungskarte,
b) falls eine solche nicht vorhanden ist, ein von dem Arbeitgeber bezeugtes Zeugnis über die Art der Beschäftigung und die Art der Unternehmung und Zeitpunkt innerhalb der letzten 3 Tage nach Einreise an ihrer Arbeitsstelle.

3. Die Kosten betragen 3 Reichsmark. Eine Erhöhung auf 7 Reichsmark tritt ein:
a) wenn die Registrierungsantragungen nicht, b) wenn hier die Registrierung verspätet beantragt wird und c) wenn die vorgeschriebene Registrierung im Vorjahr unterblieben ist.

Die Gebühren sind sofort bei Stellung des Antrags zu zahlen.

4. Registrierungsbescheinigungen, die in den Jahren 1924, 1925 und 1926 ausgestellt sind, haben mit Ablauf des Jahres 1925 ihre Gültigkeit verloren. Die Arbeiter müssen daher bis zum 28. Februar 1926 den Antrag auf neue Registrierungsbescheinigungen für das bevorstehende Jahr stellen. Die Gebühren betragen 1,50 Reichsmark.

Datum: den 14. Januar 1926
Die Polizeiverwaltung.

Proletarierfrauen

taufen sich die Broschüre von der Genossin Ulrike Otto

Vorbeugen abreiben

Sie finden darin mehr, als im billigen, gelehrten Buch. Die Schrift ist ein anerkennendes

Mitgeber für Cheleute.

5. Auflage, Preis 50 Pfg.

Anwärts gegen Vereinnahmung von 60 Pfennig an die

Buchhandlung Volkstimme

Magdeburg, große Mühlstraße 3.

Bekanntmachung.
Alle früheren preussischen Staatsangehörigen, die für Polen optiert haben und deren Einbürgerung ihren Angehörigen nicht mit angefordert, sind zur Einbürgerung bis zum 31. d. M. im Zimmer Nr. 10 des Stadthauses (2. Etage) zu melden.

Zugangsbüro, den 15. Januar 1926.
Die Polizeiverwaltung, Dr. S. 2. 2. 2.

Reine Regierungserklärung.

Die Reichstags-Sitzung am Mittwoch wurde um 3 1/2 Uhr eröffnet. Eine Reihe von Anträgen zur Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten wurden dem Geschäftsausschuss überwiesen. Große Heiterkeit erregte es, daß sich darunter auch ein Strafverfolgungsantrag gegen den Abg. Kufz (Dem.), den neuen Reichsinnenminister, befindet.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragte, die Entgegennahme der Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Präsident Ebbe erklärte dazu, daß dem Reichstag noch gar keine Mitteilung davor gemacht worden sei, daß die neue Regierung gebildet ist. Infolgedessen könne er auch noch keine Erklärung entgegennehmen.

Der Geschäftsausschuss beantragt, vier Anträge auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten abzulehnen, dagegen die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abgeordneten Bruhn (Dt.-natl.) zu erteilen.

Abg. Ost (Dt.-natl.) beantragt, die Sache noch einmal an den Ausschuss zurückzuverweisen, da sie noch nicht genügend geklärt sei.

Abg. Lipinski (Soz.) als Berichterstatter stellt fest, daß es sich in dem Fall des Abgeordneten Bruhn um die Wiederholung von Verleumdungen handle.

Abg. v. Kardorff (Dt. Vp.): Es entspricht einem alten Brauch des Hauses, wenn eine große Fraktion die Zurückweisung einer Sache an den Ausschuss wünscht, weil sie noch nicht genügend geklärt ist, daß dem Folge geleistet wird.

Abg. Dittmann (Soz.): Für unsere Fraktion bedarf die Sache in keiner Weise einer weiteren Klarstellung. Es kommt auch nicht darauf an, ob es sich um eine Wiederholung alter Verleumdungen oder um wiederholte Verleumdungen handelt. Da aber eine große Fraktion den Wunsch auf Zurückweisung äußert, so wollen wir ihm nach dem alten Brauche Rechnung tragen, trotzdem unsere Stellungnahme zu dieser Sache feststeht. — Die Sache wird darauf an den Geschäftsausschuss zurückverwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Verlauf im patentamtlichen Verfahren wird in allen drei Lesungen verabschiedet. Die Vorlage betrifft den Geschäftsgang der Anmeldeabteilung im Einspruchsverfahren, das Verfahren des großen Senats und Beschwerden gegen die Prüfungsstelle.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Versorgung der Polizeibeamten beim Reichswasserschiff wird dem Hauptauschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Die Versorgung soll nach der Vorlage entsprechend den Bestimmungen für die Schutzpolizei geregelt werden. Sie erfüllt eine Aufgabe, die den Polizeibeamten bei der Gründung des Reichswasserschiffes gegeben wurde.

Der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Hypothekendarlehenbankgesetzes wird in allen drei Lesungen genehmigt. Danach sollen die Hypothekendarlehenbanken außer ihren bisherigen Geschäften die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Anstalt zwecks Gewährung hypothekarischer Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für diese Darlehen betreiben. Die neue Vorschrift kommt für die Landwirtschaft in Betracht. Es soll dadurch die von der Deutschen Rentenbank-Anstalt im September 1925 abgeschlossene Auslandsanleihe und weitere derartige Anleihen zur Verteilung gelangen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Änderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit der ersten Beratung eines von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfs über die Änderung der Reichsversicherungsordnung. Der Gesetzentwurf der Regierung will den Reichszuschuß für die Kosten der Familienwochenheilstelle beseitigen, weil die Krankenkassen davon nur geringen Vorteil hätten, die Länder und Gemeinden aber eine unwirtschaftliche Last. Der Reichsrat hatte den Wegfall der finanziellen Beteiligung des Reiches an den Kosten der Familienwochenheilstelle abgelehnt, weil sie eine erhebliche Mehrbelastung der Krankenkassen bedeuten würde. Der Reichsrat hat eine andere Fassung des Entwurfs beschloffen und dieser steht jetzt zur Beschlußfassung.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Was die Regierung jetzt vorlegt, ist nicht eine bessere Arbeit, es ist nicht frisch und nicht frisch. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf die Not der breiten Massen des Volkes wird in keiner Weise Rücksicht genommen. Es hätte wohl eingegangen werden können auf die Feststellungen, die inzwischen über die Arbeit der schwächeren Frauen gemacht worden sind, wie sie besonders der Textilarbeiterverband in vorbildlicher Weise vorgebracht hat. Auch wenn angeblich die Not der Krankenkassen berücksichtigt werden soll, so frage ich: Was ist davon in diesem Gesetzentwurf enthalten? Es darf auch nicht unausgesprochen bleiben, daß die Krankenkassen große Opfer für die Mutterchaftspflege bringen. Sie haben sich damit ein gewaltiges Verdienst um die Allgemeinheit erworben. Wenn trotz der Not des Volkes die Sterblichkeit herabgegangen ist, kann ist das nicht zuletzt zurückzuführen auf die Opfer, die die Krankenkassen gebracht haben. Als Dank dafür will die Reichsregierung trotz der Proteste von allen Seiten das Geringe noch nehmen, was sie erhalten. Im Ausschuss werden wir uns mit diesen Fragen noch eingehend befassen müssen, besonders werden

wir uns mit der Kostlage der Krankenkassen befassen, auch mit den Maßnahmen, die notwendig sind, um die Volksgesundheit zu schützen. Die Rednerin legt zum Schluß eine Entschließung der sozialdemokratischen Fraktion vor, wonach der Reichstag diejenigen Maßnahmen beschließen soll, die notwendig erscheinen, um den Krankenkassen über die gegenwärtige Kostlage hinwegzuhelfen. (Beifall! b. d. Soz.)

Abg. Frau Arenber (Komm.) bekämpft in ähnlicher Weise die Regierungsvorlage.

Dann wird die dritte Beratung des Etats für 1925 fortgesetzt. Nach den Vereinbarungen im Haushaltsausschuss sollen die noch zu erledigenden Etats in dritter Beratung ohne größere politische Debatten verabschiedet werden, da bereits in den nächsten Wochen die neuen Haushalte zur Beratung stehen werden. Ohne Debatte werden die Etats des Reichspräsidenten, des Reichsministeriums des Innern und des Auswärtigen Amtes angenommen.

Bei dem Haushalt des Reichsinnenministeriums führt Abg. Buchmann (Komm.) Beschwerde über die Polizeizustände in Bahern. Abg. Saenger (Soz.) bezieht die Klagen des kommunistischen Redners als durchaus berechtigt. — Der Etat des Innenministeriums wird schließlich bewilligt.

Bei dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums wird ein Antrag v. Raumer (D. Vp.) angenommen, wonach die Mittel für das Reichskommissariat für Ein- und Ausfuhr von 50 000 auf 90 000 Mark erhöht werden sollen.

Abg. Bartshat (Dem.) begründet einen Antrag auf Bereitstellung von 800 000 Mark für die Forschungsinstitute des Handels.

Abg. v. Raumer (D. Vp.) wendet sich gegen den Antrag, der schließlich abgelehnt wird.

Abg. Koenen (Komm.) weist darauf hin, daß das Rheinische Braunkohlenbündel, das 10 Millionen Markrentschuldigungen erhalten habe, in seiner Bilanz genau 10 Millionen Reingewinn aufweise.

Der Haushalt wird bewilligt, ebenso der Haushalt des Reichswirtschaftsrats und des Reichswehrministeriums. Auch der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wird angenommen. — Um 6 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag mittag 12 Uhr.

Nationalistische Hintertüren.

Im Bildungsausschuss des Reichstags versuchen die Rechtsparteien immer wieder, das ohnehin schon unmögliche Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften noch weiter zu verschlechtern. Jetzt wollen sie sogar allen „öffentlich-rechtlichen Körperschaften“, also den kirchlichen Gemeinden und all den frommen Vereinen, das Recht geben, die Aufnahme von Schriften auf die schwarze Liste beantragen zu können.

Außerdem sollen von den Landesregierungen bezeichnete Stellen das Recht der sofortigen Beschlagnahme erhalten, um ohne Prüfung sofort die Verbreitung einer Schrift unmöglich zu machen. Das schönste ist, daß nur dem Reichsanzeiger, dem Buchhändler-Vereinblatt und den offiziellen Amtsblättern das Recht der Bekanntmachung der auf die schwarze Liste gesetzten Schriften zugesprochen werden soll.

Demgegenüber vertrat Abg. Löwenstein (Soz.) die Auffassung, daß die Landesjugendämter die allein antragsberechtigten Instanz sein dürften. In ihnen sind alle Organe der Jugendpflege, auch die kirchlichen, vertreten. Den deutchnationalen Wunsch auf vorläufige Beschlagnahme bezeichnet er als einen Eingriff in die Rechte reichspolitischlicher Maßnahmen. Vor allem wandle er sich dagegen, aus den Veröffentlichungen der verbotenen Schriften eine Heimlichkeit zu machen, wodurch zahllose kleine Buchhändler mit dem Gesetz in Konflikt geraten würden, weil ihnen das Verbot gar nicht zur Kenntnis kommt.

Sowjetrussische Wirtschaftspolitik.

II. Die Landwirtschaft und ihr Konsolidierungsproblem. Daß der Schwerpunkt der russischen Wirtschaft in der Landwirtschaft liegt, haben in der letzten Zeit auch die führenden Sowjetrussen zur Genüge erkannt. So erklärte Kalinin in einem dieser Frage gewidmeten Artikel:

„Es gibt für uns heute eigentlich kein wichtigeres politisches Problem, keine erstere Aufgabe, als die eingehende Begründung der Stimmungen und Bedürfnisse der Bauernschaft.“ Es sei aber diesbezüglich nichts ungeeigneter, als sich hierin vom Geschnack und von den Wohnhöfen der revolutionären Romantiker leiten zu lassen, oder von revolutionärer Phrase und Agitationsdramatik befangen zu sein.

Daher auch die für die russische Wirtschaftspolitik ausschlaggebende Lösung „Dorfwärts“, daher die Orientierung der Politik in bezug auf die Bauernschaft. Während man in den früheren Jahren auf die zu knapp verteilten und wirtschaftlich irrelevanten bezugslosen Elemente des Dorfes sich zu stützen versuchte und zu diesem Zwecke die „Kombes“ (Komitees der Armen) eifrig organisiert, rüden die Sowjets gegenwärtig von diesen ausfallslosen Versuchen ganz entschieden ab und proklamieren nunmehr ihre Reorientierung auf den „kräftigen“, das heißt auf den besitzenden mittleren, ja sogar auf den wohlhabenden Bauern, und auf dem letzten allrussischen Sowjetkongreß befandete der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Kijow, auch dementsprechend:

Wenn wir nunmehr die Lösung „Dorfwärts“ erteilen, so geschieht das deshalb, weil wir der tatsächlichen sozialen Verhältnisse der Bauernschaft und der zunehmenden Bedeutung des „Kulaks“ im ökonomischen und politischen Leben unseres Dorfes Rechnung tragen müssen. („Kulak“, zu deutsch: eine Faust = geldkräftiger Großbauer.) Die Aufgabe der Sowjetregierung ist es jetzt, dahin zu wirken, daß der Wohlstand jedes einzelnen Bauernhofes verzehnfacht werde.

Diese Umstellung auf den mittlern Bauer erfährt ihre weitere Begründung auch noch in den Ergebnissen der neuesten sowjetrussischen landwirtschaftlichen Statistik, aus der unabweisend hervorgeht, daß gerade die Mittelschicht die eigentliche Trägerin der russischen Landwirtschaft ist. So z. B. gelangt eine der ersten und sachkundigsten sowjetrussischen Autoritäten auf dem Gebiete der Statistik, Frau U. Ch r j a s t i c h o w a, zu folgender Feststellung:

Diejenigen Wirtschaftseinheiten, welche im Verlauf des Differenzierungsprozesses andrer, der eigentlichen Bauernwirtschaft wesensfremde Züge angenommen haben, wandern aus, sie begeben sich dorthin, wo weit günstigere Bedingungen für die Verwendung der Arbeitskraft für die einen, des Kapitals für die andern sich bieten.

Weber die Klasse der proletarisierten Bauern noch diejenige der bäuerlichen Bourgeoisie, sofern sie den ausgeprägten Klaffenstypus vollends erlangt haben, verbleiben im Dorfe, sie verlassen es, da es zu ihrer weiteren Entwicklung hier weder Raum noch geeignete Bedingungen gibt.

Je intensiver die Wirkung des sozialen Differenzierungsprozesses im Dorf, um so geringer werden die Chancen für die Ausdehnung der extremen Gruppen, da ja dieser Prozeß im Auscheiden gerade der extremen Gruppen der Landwirtschaft seinen eigentlichen Abschluß findet.

Soll also die agrare Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung Erfolg haben, so muß sie sich demnach auf die ausschlaggebende mittlere und vermögende Bauernschaft einstellen. Sie muß auf dem Wohlstand der Bauernwirtschaft basieren und diesen fördern.

Die praktische Anwendung dieser Reorientierung führt jedoch zu einer Reihe sehr verwickelter sozialer und wirtschaftspolitischer Fragenkomplexe, deren ungemein schwierige Lösung nicht von heute auf morgen zu erwarten ist.

Die hauptsächlichsten Schwierigkeiten ergeben sich schon bei der Lösung der allernächsten Aufgabe des W i e d e r a u f b a u e s und der Erhaltung der Bauernwirtschaft. Die hierbei in Betracht kommenden volkswirtschaftlichen Faktoren sind:

- 1. Die Beschaffung des notwendigen landwirtschaftlichen Inventars;
2. die bezügliche Bedeutung der heimischen Industrie und der Einfuhr;
3. die Kaufkraft des Bauern, und
4. der Kredit.

Was die Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten betrifft, so ist hier vor allem zu erwähnen, daß dies auch schon im Vorkriegsrußland (Schätzungsweise) bloß zu ungefähr 40 Prozent von der heimischen Metallindustrie, der weitaus größere Teil also durch Einfuhr besorgt wurde. Während des Krieges und in den Jahren der Nachkriegsblöcke blieb nun die Einfuhr vollständig aus, und auch die Leistung der inländischen Metallindustrie wurde während des Krieges beträchtlich gelähmt und ist in den Jahren des Bürgerkriegs bis nahezu auf den Nullpunkt. Anfangs, solange noch der „Kriegssozialismus“ anhielt, machte dieser Umstand noch nicht viel aus. Denn die Zwangsablieferung aller nach Abzug des eignen Verbrauchs sich ergebenden „Uberschüsse“ veranlaßte den Bauer, die Anbaufläche ebenfalls nahezu auf ein für den Eigenverbrauch notwendiges Minimum zu reduzieren, so daß der Rückgang des Inventars in der fast ebenso stark zurückgegangenen Bauernwirtschaft nicht allzu spürbar werden konnte. Nun aber der Bauer heute ein Interesse an der Erweigerung seiner Produktion hat, wo er nunmehr die Möglichkeit hat, seine Erzeugnisse auf den inners und auch auf den Auslandsmarkt zu bringen, nun ist die Wiederherstellung des Inventars zur brennenden Frage, ja zum alles entscheidenden Moment für die russische Landwirtschaft geworden.

Wie es um die Deckung der zur Wiederherstellung des Inventars notwendigen Anschaffungskosten bestellt ist, ergibt sich am deutlichsten, wenn wir die gegenwärtige Kaufkraft des wirtschaftenden Bauern mit derjenigen der Vorkriegszeit vergleichen. Da finden wir, daß die Kaufkraft des wirtschaftenden Bauern sich in der Nachkriegszeit um nahezu 70 Prozent verringert hat.

Um die ruinierter russische Landwirtschaft auch nur so wiederherzustellen, wie es das Gelingen der gesamten Volkswirtschaft erfordert, wird in den nächsten Jahren eine ausgiebige Einfuhr landwirtschaftlichen Inventars aus dem Ausland praktiziert werden müssen. Diese Kosten der Einfuhr wird zu sieben Achtern der Staat zu tragen haben. Diese Kosten können in der nächsten Zeit zu einem nur geringen Bruchteil durch die unbedeutende Ausfuhr gedeckt werden. Die Belastung mit einem derartig hohen Defizit müßte daher die Handelsbilanz und mit ihr auch die so mühsam hergestellte Baluta so sehr verschlechtern, daß sich daraus wiederum eine katastrophale Rückwirkung auf die Landwirtschaft ergeben würde.

Die einzige Lösung des Problems ist infolgedessen nur auf dem Wege der U s l a n d s k r e d i t e möglich, wovon noch zu reden ist. (Fortsetzung folgt.)

Die Passion.

Roman von Klara Siebig.

(81. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Warum siehst Du mich so an, Mutter?“ fragte Eva. Sie war in der letzten Zeit recht gewachsen, mit dünnen Reinen und länger gewordenen mageren Halschen stand sie vor der Mutter, den Kopf ein wenig auf die eine Schulter geneigt, und blinzelte mit ihren schwachfarbigen, kastanienfarbenen Augen. Lang bewunderte große Augen von einem locken Braun — wenn die nur größer gesehen hätten! Es war noch gar nicht besser geworden damit, das Schielen des rechten Auges war zwar operiert, aber ein gewisser starrer Blick war ihm doch geblieben und die Sehkraft war überhaupt gering. Die Brille, die doch nichts nützte, war längst beiseite gelegt — wozu das arme Kind noch abstriche entstellen? Mit einem sich einbohrenden, tief forschenden Blicke hingen Olga's Augen an ihrer Eva. Lieberwill hatte sie die immer angesehen, jetzt war noch andres in ihrem Blicke. Sorgen hatte sie sich immer genug gemacht und Angst um das Kind, jetzt aber war da noch eine viel größere Angst. Warum diese Angst? Das hätte Olga nicht sagen können, denn sie wußte: sich selber diese Angst nicht zu denken; die war eben da und ließ sie oft auffahren bei ihrer Arbeit.

„Warum siehst Du mich immer so an?“ Es war Eva unbehagen, sie war ein wenig immer vor der Mutter geworden und wendete den eignen Blick gern ab zur Seite. Noch immer konnte sie sich nicht dazwischen finden, daß die Mutter heizten wollte. So bald schon! Sie meinte jetzt nicht mehr darüber, die sie anfänglich geweint hatte, aber sie zog sich in sich zurück, wie eine Schnecke in ihr Haus. Trotz der schlechten Nachreszeit ließ sie sich Stundenlang drauhen herum, selbst wenn die Mutter zu Hause war, irrte sie lieber umher. Ein banges Zweifeln war in Evas Seele: liebte die Mutter sie auch noch? Liebt sie so, wie sie früher geliebt hatte? „Meine kleine Eva“, sagte die Mutter oft gütlich. Sie sagte das jetzt noch viel öfter als früher, aber was es auch wirklich so gütlich gemeint? Eva hatte mit beiden Armen der Mutter Hals umschlungen mögen: „Mutter, meine, meine Mutter“, es rief sie oft förmlich zu der

hin, aber sie tat sich Gewalt an und blieb schen und verdrossen. Die Mutter zog ihr ja den Hals wechhammer vor.

Es war in dieser Zeit des sich-zurückgesetzten-Fühlens, daß Eva einen Freund fand. Sie begegnete ihm im Tiergarten. Er schloß sich ihr an. Sie ließ, er ließ auch immer hinter ihr her. Sie blieb stehen, er blieb auch stehen, und als sie ihn freundlich anblickte, sah er sie an mit freundlichen, sprechenden Augen. Ein kleiner gelber Spitz. Hatte er keinen Herrn verloren, oder seine Herrin? Ein dünner Lederriemen schleifte hinter ihm her, sie sagte danach: „Such Frauen“, sagte sie. Da sprang er an ihr in die Höhe, webelte und leckte ihre Hand. Sie nahm ihn auf den Arm. Sie war sehr traurig heute gewesen, Hans Wechhammer hatte Bilette gebracht, die beiden wollten heute zusammen ins Theater gehen; ihre Mutter würde den Abend also nicht bei ihr sein, er nicht vorm Zu-Bette-Gehen die Haare bürtigen, ihr Köpfe flechten für die Nacht. Sie tat das so sanft, ohne zu zucken, mit sanfter Hand. Ach, ihre Mutter war fort, dann möchte sie lieber auch nicht zu Hause sein und auch nichts essen! Eva war sehr traurig gewesen, nun war sie auf einmal besser gestimmt. Sie schloß das Herzchen des Tieres an ihrer Brust pochen, der kleine Spitz zitterte angstlich und froh. Wer weiß, wie lange das arme Hundchen schon herumgeirrt war. Sie liebte sie, und er webelte unablässig und froh fester in ihren Arm. Sie fühlte eine wunderbare Tröstung: der hier wollte gern bei ihr bleiben, der verließ sie nicht. „Komm, wir gehen jetzt nach Hause“, kitzelte sie in sein seidiges Fell. „Du bist gewiß hungrig.“ Der Hund webelte stärker. Oh, der war ja so klug, so klug wie ein Mensch, nein, klüger! Und viel, viel lieber.

Eva preßte den kleinen Hund mit beiden Armen fest an sich und ramte mit ihm nach Hause, so rasch sie konnte. Ihr Herz klopfte: was würde die Mutter sagen? Aber sie kam zu spät. Schon fortgegangen? Enttäuscht sah sie sich um. Nur ein Zettel lag da.

„Eva, warum bleibst Du so lange aus? Es ist unrecht. Ich bin böse auf Dich. Nun müssen wir fortgehen. In der Küche steht Deine Milch; warm.“

„Ich bin böse auf dich — das hatte die Mutter sonst nie gesagt! Und fortgegangen, ohne noch auf sie gewartet zu haben! Das kam alles nur von dem Wechhammer. Wäre der Hund

nicht gewesen, Eva hätte geweint vor Joch und vor Schmerz, aber nun war der Hund ja da. Und er war so vergnügt. Er trank Evas Milch, stellte sich auf die Hinterrufen und machte Bitte, Bitte mit seinen Vorderfüßchen. Oh, er war so reizend, wie sie noch nie einen Hund gesehen hatte.

Als Olga spät aus dem Theater nach Hause kam und ihre Tür aufschloß, hörte sie ein Knurren. Erschrocken leuchtete sie umher. Als sie an das Bett ihrer Eva trat, lag die sanft schlummernd mit hochgeröteten Wangen, ein so freundliches Lächeln um den Mund, wie sie lange keine bei ihr gesehen hatte. Sie hielt in ihrem Arm, unter der Decke halb verborgen, einen kleinen gelbhaarigen Hund.

„Nicht“, stand auf dem Halsband, das sich verwickelte in den langen, seidigen Haaren, nicht und weiter nichts. „Man muß sehen, daß man das Tier wieder los wird.“ jagte der Bäuerling. „Ich werde es melden gehen auf der Polizei.“ Da fiel ihm Eva mit einem solchen Schmerzschrei in den Arm, daß er davon abstand. „Machte die Töle denn bleiben, aber nur Olga's wegen, denn die war gleich verurteilt, sowie es Eva nicht nach Wunsch ging. Sie sah dem Mädchen nach den Augen. Das ging zu weit. Das mußte anders werden. Hans Wechhammer wollte nun erst die Hochzeit abwarten, dann würde es sich zeigen, daß es zuerst nach ihm ging und dann erst nach dem kleinen bewährten Ding. Und die Töde, die die manchmal auftrübe, würde er ihr schon austreiben! Er war argwöhnlich: Eva, Eva, und nochmals Eva! „Ich kann nicht mitgehen“, sagte Olga so oft, wenn er sie aufforderte, dahin zu kommen, wo er gerade spielte. Es hätte ihn gefreut, ihr Gesicht unter dem Publikum aufstauen zu sehen, und nachher an ihren Tisch zu kommen und noch eine Tasse Kaffee mit ihr zu trinken. Sie sah so apart, so fein aus in ihrem idellosen Schmeckel, in dem bescheidenen und doch geschmackvollen Out, unter dem die Töde des blonden Haars hervorquoll. Mit ihrer schlanken, jersischen Figur konnte sie noch für ein junges Mädchen gelten, jedenfalls für viel jünger, als sie eigentlich war. Der junge Mann hatte einen gewissen Stolz auf sie, er hätte sich gern mit ihr gezeigt, aber immer mußte er hören: „Ich kann Eva abends nicht so oft allein lassen. Und mitnehmen will ich sie nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Nachrichten aus der Provinz.

Vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hatte im Dezember eine Kohlenförderung von 8749 288 Tonnen (Vormonat 8 880 688 Tonnen), eine Bricketherstellung von 2 149 221 Tonnen (Vormonat 2 018 818 Tonnen) und eine Kokszerzeugung von 88 916 Tonnen (Vormonat 82 274 Tonnen). Die Kohlenförderung zeigte mithin eine Steigerung von 5,0 Prozent, die Bricketherstellung von 6,5 Prozent und die Kokszerzeugung von 5,1 Prozent. Die arbeitsmäßige Produktion von Braunkohle belief sich auf 849 971 Tonnen (Vormonat 847 112 Tonnen), von Bricketten auf 86 969 Tonnen (Vormonat 84 098 Tonnen) und von Koks auf 1094 Tonnen (Vormonat 1078 Tonnen). Es ist also eine tägliche Produktionssteigerung festzustellen bei Kohle von 0,8 Prozent, bei Bricketten von 2,2 Prozent und bei Koks von 1,7 Prozent.

Im Dezember des Vorjahres betrug die Kohlenförderung 8 700 015 Tonnen, die Bricketherstellung 2 105 888 Tonnen und die Kokszerzeugung 81 817 Tonnen. Die Kohlenförderung und die arbeitsmäßige Produktion zeigen demnach gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 0,8 Prozent, die Bricketherstellung von 2,1 Prozent und die Kokszerzeugung von 6,6 Prozent.

Im Dezember 1925 war der Kohlenabfuhr im Gebiet des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats als wenig befriedigend zu bezeichnen. Der Ruhrindustrie war dieser geringe Absatz dadurch, daß die Abfuhr der Stahlindustrie und der übrigen Industrien nachließen und der größte Teil der Zuckerraffinerien die Kampagne beendet hatte. Brickettabfuhr war infolge der anhaltenden Kälteperiode lebhaft, soweit es sich um Hausbrandlieferungen handelte. Auch die Industrie zeigte eine lebhaftere Abnahme. Im letzten Monatsdrittel machten sich die Festtage bemerkbar. Besonders ließen die Industrie-Abfuhr nach. Insgesamt betrachtet, konnte die Beschäftigung als ausreichend angesehen werden. Der Absatz an Bricketten entsprach nicht den gehegten Erwartungen. Die verfügbare Produktion von Grubekoks konnte untergebracht werden.

Im Gebiet des Ostfälischen Braunkohlen-Syndikats war die Marktlage für Kohle im Dezember kaum verändert. Die Aufträge für Hausbrandkohle fehlten fast vollständig infolge der Kälteperiode der übrigen Brennstoffe. Der Brickettabfuhr erfreute sich durch die Frostperiode eine Belebung. Diese wurde durch die milde Witterung in der zweiten Monatshälfte und durch die Festtage bald zum Stillstand gebracht.

Der Zu- und Abgang von Arbeitskräften hielt sich in normalen Grenzen. Die Lohn- und Gehaltsverhältnisse blieben im Dezember unverändert. Eine Reihe weiterer Entlassungen war im Dezember zu verzeichnen. Die Gewerkschaft Grubekoks bei Preußisch wurde am 31. Dezember wegen schlechter wirtschaftlicher und betrieblicher Verhältnisse stillgelegt. Gleichfalls wurde die Tiefbauabteilung Obersdorf der A.-G. Sächsischer Werke am 19. Dezember stillgelegt. Im Bergrevier Halberstadt gelangten die Tiefbaugruben Sophie und Zwingard am 12. Dezember zur Stilllegung. Auf der Grubenverwaltung Regis der Deutschen Erd- u. A.-G. wurde ein neues Kesselhaus mit 1700 Quadratmeter Heizfläche erbaut und das elektrische Kraftwerk durch Aufstellung eines Turbogeneratorsatzes von 2160 Kilowatt-Leistung erweitert.

Die Konturze in der Landwirtschaft.

Auf dem Lande wird im Augenblick viel von pleite gegangenen landwirtschaftlichen Betrieben gesprochen. Ihre Zahl sei bedeutend höher als in der Vorkriegszeit und beweise, wie fürchterlich schlecht es doch um die Landwirtschaft bestellt sei.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ wurden im Jahre 1913 429 Konturze gezählt, die in der Land- und Forstwirtschaft in die Erscheinung getreten sind. Auf den Raum ungenutzter, ergibt das 55 Konturze. Die letzten Ziffern für die Gegenwart sind in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ enthalten. Danach sind im November 1925 in der Land- und Forstwirtschaft nur 22 Konturze, das heißt 13 Konturze weniger als im Jahre 1913 gezählt worden. Für Dezember ist das Bild nicht ungunstiger. „Wirtschaft und Statistik“ nennt 12 Konturze für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925.

Diese Feststellungen sind interessant. Sie beweisen, daß die Bemerkungen, die heute über die Konturzerstörungen in der Landwirtschaft gemacht werden, unberechtigt und gewaltig übertrieben sind.

Stadtfreis Burg.

Erwerbslosenversammlung. Die Erwerbslosenkommission und der Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hatten zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, um den Bericht der nach Berlin entsandten Kommission entgegenzunehmen. Lange führte aus, daß die Verhandlungen recht schwierig waren, es ist nicht viel dabei herausgekommen. In Burg zählt man zurzeit 2600 Rollenverleiher und 2700 Kurzarbeiter. Die Abordnung ging in den Landtag hier wurde mit den Landtagsabgeordneten Kasten und Grube verhandelt. Vordränge auf Weiterführung des Kanalbau, Beginn des Kleinbahnbaus, Schwerindustriebetriebe der Maschinen-Abteilung des Berlin-Burger Eisenwerkes wurden gemacht. Finanzielle Schwierigkeiten und Unklarheit über die Finanzierung des Kanals machen aber Arbeiten unmöglich. Letztlich liegen die Schwierigkeiten beim Bau der Kleinbahn. Für die dritte Suche wolle die Stadt die Mittel flüssig machen. Beide Abgeordnete versprachen, alle ihre Kraft für die Erwerbslosen einzusetzen. Im Reichstag wurde mit den Genossen Selbstschutz und Simon verhandelt mit dem gleichen Resultat. Dem Vorsitzenden im Sozialpolitischen Ausschuss wurden ebenfalls die Wünsche der Erwerbslosen unterbreitet, auch in bezug auf Änderung der Unterstützungen. Genosse Hoch legte der Kommission die Schwierigkeiten in den Arbeiten des Sozialpolitischen Ausschusses dar, der aus 18 Vertretern der Reichs- und 11 der Provinzparlamente besteht. Genosse Hoch gab der Kommission mit auf den Weg, dafür zu sorgen, daß die Vertrauensleute in der jetzigen Zeit ihrer Verantwortung gewiß handeln können. Ein Vergleich, den Reichsarbeitsschlichter zu machen, gelang nicht. Auch wurden dem Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes die Wünsche der Erwerbslosen unterbreitet. Stadtrat Kasten berichtete über das Ergebnis der Verhandlungen der städtischen Kommission in Berlin. Der Oberbürgermeister habe die Beschlüsse der Stadt dem Reichsarbeitsschlichter mitgeteilt. Dieses wies darauf hin, daß an die Regierungsgewaltigen Geld für die produktive Erwerbslosenfrage gegeben sei. Keine Zusicherungen könne er nicht machen. Die Kommission war dann auch im Landtag und Reichstag und sprach sich mit dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses des Sozialpolitischen Ausschusses Genossen Koh. Dittmann. Genosse Stadtrat Höpke erläuterte die Ausführungen. Mit dem Gesetz über die produktive Erwerbslosenfrage sei nichts zu erreichen, es müßte ja fest gemacht werden. In der Ansprache wurde hervorgehoben, daß die Lage eines neuen Friedens, dem Bau eines Krematoriums und dem Bau von Jugendheimen näherzutreten. Genosse Höpke wandte sich über die heutigen Verhältnisse die heute in der Zeit der großen Aufregung wegen des Abbaus des Arbeitsmarktes Wohlstandes und des Bürgermeisters Wegand zu verhalten. Die Forderung der Straus habe entgegen den Erwartungen von Seiten der Arbeitererschaft entgegen, während die sehr viele in dem städtischen Ratel einen Feldzug von 6000 Mann zu betreiben habe. Neben dem Maschinenbetrieb sollen Maschinen unterhalten werden. Es wurden auch die Höhe der den Angehörigen bekanntgegeben. In der Frage der Unterstützung kann festgestellt werden, daß sich im Prinzip die Arbeitererschaft einig sind. Stadtrat Sen. Richter erläuterte die Durchführung eines Reichsgerichts. Genosse E. Wegand wies darauf hin, daß die Arbeitererschaft die Pflicht habe, ihre eigenen Interessen auch vor der Unterstützung, auch in der Gewerkschaften. Es wurde dann nochmals eine Re-

klusion angenommen, um in Burg eine gemeinsame Demonstration gegen die Kürzenabfuhr zu ermöglichen. Desgleichen wurde folgende Entschiedenheit angenommen: „Die Erwerbslosen begrüßen den Antrag des Magistrats auf Weiterführung der Eisenbahnen des Berlin-Burger Eisenwerkes und erwarten von der Stadterordnetenversammlung schnellste Verabschiedung. Weiter wird erwartet, daß in allernächster Zeit Beschlüsse gefaßt werden, die die Möglichkeit geben, noch mehr Arbeitslose zu beschäftigen. Vor allen Dingen ist der Kleinbahnbau und Kanalsbau Helgoländer Brücke-Gebenswarthe mit allen Mitteln weiter zu fördern.“

Vollstreckungsbesetzung. Die Generalversammlung war schwach besucht. Den Geschäftsbericht gab Genosse Armbrrecht. Die Mitgliederzahl ist jetzt auf über 2000 gestiegen. Im vergangenen Jahre wurden 440 neue Mitglieder aufgenommen; gestorben sind 25 Mitglieder. Vom Hauptvorstand in Berlin war Genosse Ritzke erschienen, um ein Bild über die Finanzen und deren Verwendung zu geben. Die Kassenverhältnisse sind gut und das Vermögen ist fester gestellt. Genossin Griegel gab den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 10 712 Mark, die Ausgabe 9448 Mark, die an die Hauptkasse Berlin abgeliefert wurden. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes: 1. Vorsitzender Genosse Armbrrecht, 2. Genosse Riegler, als Kassiererin Genossin E. Griegel, als Schriftführer G. Schmidt, G. Richardi und R. Oltersdorf, als Kassieren V. Ludwig und W. Werner. Dann fand eine rege Aussprache über den hiesigen Urnenhain statt; es wurde empfohlen, mehr Einfachheit in der Ausstattung der Grabhügel anzustreben.

Zentralverband der Schuhmacher. Sonntag vormittag Versammlung. Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Arbeitslose Mitglieder erhalten Kontrollkarten im Bureau des Verbandes.

An die Parteigenossenschaft!

Werde Genossen und Genossinnen! Die Sozialdemokratische Partei beantragt den Volksentscheid mit dem Ziele der Entlassung der Fürstentümer. Die Fürsten sind in ihren Forderungen an den Staat unerfährlich, in einer Zeit, wo Millionen Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, durch die Inflation enteignete Volksgenossen hungern und darben. Die Rechtsparteien sind bereit, im Reichstag die Forderungen der Fürsten zu bewilligen. Da gibt es für die Sozialdemokratie nur eine Möglichkeit, nämlich die Befreiungen der Rechten durch den Volksentscheid zu durchkreuzen.

Das Volk soll entscheiden!

Die Sozialdemokratie macht sich zur Führerin in dieser Frage. Die Parteigenerationen in jedem Orte haben das Unternehmen jetzt zu führen. Jeder Genosse, jede Genossin muß sich in den Dienst der Bewegung stellen. Trotz der bestehenden Wirtschaftskrise müssen die Gelder für den Kampf aufgebracht werden. Wir appellieren an den Opfermut der Parteigenossen. Für das Ziel der Entlassung der Fürsten muß Geld da sein. Die Ortsvereinsvorstände ersuchen wir dringend, sofort ihre Ortskassenbestände an den Bezirksverband einzusenden. Kleinliche Bedenken dürfen keine Geltung haben, wenn das Ziel erreicht werden soll. In den nächsten Tagen werden die Ortsvereine auch Sammelstellen erhalten. Diese Sammelstellen sind sofort in Umlauf zu setzen und die gezeichneten Beträge umgehend an das Bezirkssekretariat einzusenden.

Wir appellieren auch an die Leser unserer Parteizeitung, welche nicht Mitglied der Sozialdemokratischen Partei sind. Stellt uns Mittel zur Verfügung, zeichnet Beträge in unsere Sammellisten! Wer ganz schnell handeln will, der überweise uns Geld auf unser Postkontokonto Nr. 4923, Reinhold Ferwig, Magdeburg, Neue Theaterstraße 2.

Genossen und Genossinnen! Zum ersten Male wird der Volksentscheid stattfinden, wir kennen noch kein Beispiel in der Geschichte: 40 Millionen erwachsener Staatsbürger sollen an einem bestimmten Tag abstimmen und damit direkt eine Gesetzesfrage zur Entscheidung bringen. Millionen und aber Millionen, denen die Gut über die idiosyncratischen Ansprüche der einflussreichen Fürsten bis in die Reife steigt, erstreben den Sieg in diesem Kampfe. Vorwärts denn, wir müssen siegen im Interesse des Volkes!

Wir werden siegen, wenn das Volk es will!
Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei
Magdeburg-Anhalt.

Kreis Neuhalbensleben.

Eine furchtbare Liebestragödie.

Eine entsetzliche Tat ereignete sich am Dienstag früh zwischen 5 und 6 Uhr. Der Strohdiemen des Fleischermeisters Reiz, welcher an der Abendfeier Chaussee auf Althaldensleben Boden fand, brannnte, wie wir bereits mitteilen, gegen 6 Uhr nieder. Dabei kamen zwei Personen, ein Mann und eine Frau, in den Flammen um. Es wurde zuerst Unachtsamkeit und Unglücksfall vermutet. Diese Vermutung bestätigte sich nicht. Die Gerichtskommission, welche sofort zu der Brandstelle gerufen wurde, feststellte, hat sich bei dem Diemenbrand eine furchtbare Tragödie abgespielt. In dem Diemen hin führten die gut erhaltenen Fußspuren einer männlichen und weiblichen Person, doch keine wieder zurück, so daß die Feuerwehr gleich damit rechnete, daß zwei Personen in den Flammen umgelommen seien, was sich auch bestätigte. Die beiden bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Leichen wurden gefunden.

Bei der Polizei war gleichzeitig die Meldung eingegangen, daß der etwa 23jährige Bäckergehilfe Finke aus Neuhalbensleben seit Montag abend verschwunden sei. Da der junge Mann etwas fieberhaft krank war, und da er tags zuvor ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte, so wurde diese Spur weiterverfolgt, und daher wurde festgestellt, daß Finke Verzeht mit einem aus Adendorf kommenden jungen Mädchen hatte, welches in Magdeburg in Stellung war. Da auf eine Anfrage bei der Arbeitgeberin, ob Finke sich vielleicht dort aufhielt, die Antwort eintraf, daß Finke dort nicht gesehen und daß auch das junge Mädchen seit Montag abend spurlos verschwunden sei, zeigte mit Bestimmtheit damit gerechnet werden, daß die aufgefundenen Leichen die des F. und seiner Braut, der etwa 22-jährigen A. aus Adendorf sind.

Da beide Leichname auch Schußverletzungen aufwiesen, wird sich die Liebestragödie zunächst so abgespielt haben, daß zunächst der Diemen in Brand gesetzt wurde und daß dann beide Personen Selbstmord durch Erschießen verübt haben. Durch das Niederbrennen des Strohdiebens hatten die beiden jungen Leute wohl die Absicht, jede Spur von sich zu verwischen. Die Leichen wurden nach Althaldensleben übergeführt. Den beiden Leichen wird ein allgemeines Verbrechen zu, da feierliche feierlicher Grund für die trübselige Tat der jungen Leute liegt.

Wie aus den Augenzeugen berichtet wird, sind bei den Leichen außer dem Revolver auch ein Dolch, ein Rasiermesser und ein Taschentuch gefunden worden, es muß demnach bei dem Leben die feste Absicht bestanden haben, mit Gewalt aus dem Leben zu scheiden, so oder so.

Neuhalbensleben. Eine Betriebsvereinbarung kann nicht einseitig vom Arbeitgeber geändert werden. So entschied das Gewerbegericht Neuhalbensleben in einer Streitfrage gegen das staatliche Kanalbauamt. Dem Urteil liegt folgender Vorgang zugrunde. Im April 1924 vereinbarte der Betriebsrat mit dem Leiter des staatlichen Kanalbauamtes, daß für die Arbeiter des Kanalbauamtes nach einjähriger Beschäftigung der Lohn der Bauhilfsarbeiter zu zahlen ist. Nach diesem Vertrag wurde 1 1/2 Jahr der Lohn für Bauhilfsarbeiter gezahlt und zwar für die, welche 1 Jahr dort beschäftigt waren. Im Mai 1925 ordnete die Bauamtsleitung auf Anweisung der Strombauverwaltung an, daß nicht der Bauhilfsarbeiter-, sondern der Tiefbauarbeiterlohn für alle Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beschäftigung zu zahlen ist. Hiergegen erhoben sowohl der Betriebsrat wie auch die einzelnen Arbeitnehmer Einspruch, aber ohne Erfolg. Der Lohn wurde einfach um 13 Pfennig die Stunde gekürzt. Drei Kollegen erhoben deshalb Klage beim Gewerbegericht mit dem Erfolg, daß das Kanalamt verurteilt wurde, den gekürzten Lohn zu zahlen. Sehr interessant ist auch die Entscheidung des Gewerbegerichts wegen der Zuständigkeit. Das Kanalbauamt bestritt die Zuständigkeit des Gewerbegerichts, mit der Begründung, daß es sich um einen staatlichen Betrieb handle. Das Gewerbegericht erklärte sich dagegen für zuständig, weil nur solche Betriebe von der Zuständigkeit ausgeschlossen sind, die der Militär- oder Marineverwaltung, also heute dem Reichswehrministerium unterstehen. (§ 181 G. G. B.). Das Gewerbegericht ist zuständig für alle Streitigkeiten gewerblicher Arbeitnehmer, auch wenn sie in Gemeinde-, Staats- oder Reichsbetrieben beschäftigt werden, ganz gleichgültig ob der Betrieb mit der Absicht, einen geschäftlichen Gewinn zu erzielen geführt wird. Das kürzlich in der „Volkstimme“ unter Überschriften bekanntgegebene Gewerbegerichtsurteil, in welchem städtische Betriebe als nicht unter das Gewerbegerichtsgesetz fallend bezeichnet wurden, dürfte also juristisch unhaltbar sein.

Wahl. Die Generalversammlung der Partei. Der Vorsitzende, Genosse Riechel, gab den Jahresbericht über die Parteibewegung am Orte. Die Parteiorganisation steht fest, trotz aller Bekämpfung durch die bürgerliche Reaktion. Die letzten Wahlen haben bewiesen, daß die Arbeitererschaft hinter der Sozialdemokratischen Partei steht. Auch die noch abseits stehenden werden wieder zur Einheit kommen und sich der Partei anschließen. Denn gerade die Bergarbeiter wissen ja ein Lied davon zu singen, was brutale Unternehmerrückgrat bedeutet. Genosse Riechel gab einen interessanten Überblick über die wichtigsten Ereignisse im Jahre 1925 und kennzeichnete die arbeitgeberfeindlichen Handlungen der verflochtenen deutschnationalen Regierung. Bei der Vorstandswahl wurde der Gesamtvorstand einstimmig wiedergewählt. Von den Frauen wurde die Genossin Gähnel in den Vorstand delegiert. Die Gewerbedelegation besteht aus den Genossen Stephan, Meincke und Ehrenbrecht, zum Bildungsausschuß gehören die Genossen Schäfer, Ulrich und Kauf. Nun, Genossen, heran an die Arbeit im Interesse unserer Partei! — Stahelhelmpolizei. Die Stahelhelmpolizei liegt im Sterben. Wer am Sonntag morgen beobachtet hat wie „die Massen vom Bahnhof strömten“, um am Stahelhelmtag in Magdeburg teilzunehmen, der konnte das deutlich erkennen. Ganze 25 Mann, einschließlich der Leute aus Warneberg und Nadeloben, waren aufmarschiert. — Märchenaufführung der Arbeiterjugend. Die Spielkarte der Magdeburger Arbeiterjugend wird am Sonntag den 24. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Ostmannschen Saal eine Märchenaufführung veranstalten. Zur Aufführung gelangt „Der Schweinehirt“. Märchen-Lichtbilder, Märchen-Erzählungen und Musik umrahmen das Ganze. Den Kindern wird hier etwas Gutes geboten und alle Eltern werden sicher ihren Kindern diese Freude gönnen. Auch die Kinder von Warneberg, Nadeloben und Sommersdorf sind eingeladen. Zur Deckung der Kosten ist ein Eintrittsgeld von 20 Pf. erhoben; von den Erwachsenen 50 Pf. Wegen rechtzeitiger Räumung des Saales beginnt die Veranstaltung pünktlich um 2 Uhr. Sämtliche Funktionäre werden gebeten, sich um 1 Uhr beim Genossen Ostmann einzufinden.

Kreis Wolmirstedt.

Obenstedt. Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung veranstaltet am Mittwoch, den 27. Januar, abend 8 Uhr, bei Denecke einen öffentlichen Lichtbildvortrag. „Die Feuerbestattung, eine Kulturforderung“, so lautet das Thema, das Genosse Graul (Magdeburg) behandeln wird.

Groß-Ammensleben. Unterhaltungsabend der sozialistischen Frauengruppe am Sonntag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Nordischen Lokal.

Kreis Calbe.

Men. Die Generalversammlung des Parteibereichs war überaus stark besucht. Der Vorsitzende Genosse Ede gab den Jahresbericht und ging auf die Tätigkeit des Vorstandes ein. Es sind immer noch nicht genügend Mitglieder der Partei und Leser der „Volkstimme“ gewonnen worden, so daß es jetzt gilt, noch fleißiger als bisher zu arbeiten. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Kassierers wiedergewählt: 1. Vorsitzender Genosse Ede, 2. Vorsitzender Genosse Weidlich, Kassierer Genosse Stöber und Interkassierer Genosse Häbde. Jugendgenosse F. Sch. u. l. z. wurde in den Vorstand delegiert. Um den überaus stark in Anspruch genommenen Vorstand von der Kleinarbeit zu entlasten, wurde noch je eine dreigliedrige Agitations- und Pressekommission gewählt. Auch die Vorarbeiten zur Bildung einer Arbeiterwohlfahrt wurden einer besonderen Kommission übertragen. Dann hielt Parteisekretär Genosse Reiter über die Regierungsbildung einen Vortrag. Er legte das für und Wider bezüglich der großen Koalition dar. Eine rege Aussprache folgte diesem Referat. Der Arbeitsnachweisverwalter Genosse Bandau gab einen Bericht über die in erschreckender Weise sich steigende Arbeitslosigkeit. Zum Schluß wurden dann noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen; u. a. das in der hiesigen Lokalpresse erschienene Eingekandt der „Einheitsfrontler“, in welchem gegen die unersetzlich geplante und durchgeführte Demonstration gegen den Fürstentraub Stellung genommen wurde. Genosse Ede schloß dann die interessante verlaufene Versammlung. — Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in unserm Orte immer bedenklichere Formen an. Während in der Vorwoche die Zahl der Arbeitslosen 450 betrug, stieg sie im Anfang dieser Woche durch die schlechte Konjunktur der Schiffahrt sowie durch das Stilllegen des Betriebes der hiesigen Oelfabrik auf über 600 Erwerbslose. Bei der schlechten Wirtschaftslage besteht auch keine Aussicht auf baldige Besserung.

Men. Ein Schadenfeuer entstand am Montag abend im Dachstuhl des Windberghausen Hauses, Ecke Ritter- und Bäckerstraße. Es breitete sich schnell aus. Die Witterungsverhältnisse erschweren die Löscharbeiten der Feuerwehr sehr, jedoch konnte ein Uebergreifen der Flammen auf die Nachbarhäuser und Stallgebäude verhindert werden. Der Dachstuhl sowie das obere Stockwerk brannten vollständig aus, während die Decke der unteren Bohrdämme vollständig von dem Löschwasser durchdrungen wurde, so daß ein Wohnen in diesen Räumen unmöglich ist. Die Entstehungsurache ist unbekannt. Der Schaden ist durch die Brandsversicherung gedeckt.

Biere. Gemeindevertreter-Sitzung am Freitag den 22. Januar, abends 8 Uhr, bei Sperling. — **Adendorf.** Ein lang gehegter Wunsch aller sportlich interessierten Arbeiterkreise uners. Ortes ist durch die kürzlich erfolgte Gründung eines Arbeitersportvereins endlich in Erfüllung gegangen. Bei den Arbeiterfesten, wie Kaiser, Verfassungstag, Revolutionsfeier, und vor allem beim Reichsarbeiterposttag ist nunmehr ein geschlossenes Auftreten aller örtlichen Arbeitersportvereine gewährleistet. An die erwachsene Arbeitererschaft ergeht der Ruf, ihre teilweise absehnende Haltung gegenüber dem gejun-

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. Januar 1926.

In der Fabrik.

Oben im großen Saale sitzen dichtgedrängt junge Mädchen. Jedes übt einen Handgriff an einer Maschine, unaufhörlich. Sie dürfen nicht aufsehen von ihrer Arbeit, sonst fährt eine starke, kalte Nadel herunter und zerstückt ihnen die armen, abgemarterten Finger. Keines von ihnen ist jünger als 16 Jahre, aber viele von ihnen sehen aus, als seien sie elf oder zwölf Jahre alt, so klein sind sie und schwächlich. Ihr Haar ist spröde und glanzlos, ihre Augen sind trüb und ohne Schimmer. Unaufhörlich über sie den gleichen Handgriff. Bis die Sirene um 12 Uhr heult. Dann ziehen sie ihren Kochtopf aus dem Behälter mit warmem Wasser. Essen die Kartoffeln und die Rüben und sehen zum Fenster hinaus.

Unter einem grauen Himmel liegen nackte, frierende Geleise; Güterzüge ächzen und eine feuchende Lokomotive heult wie ein gequältes Tier. Dann arbeiten sie wieder. Den gleichen Griff. Den gleichen Griff. Sie dürfen nicht aufsehen, aber eine beginnt ein altes, trauriges Volkslied zu singen. Und die andern fallen verloren ein. Wie ein kleiner, weißer, verängstigter Vogel flattert das Lied zur grauen Decke.

Unten im Erdgeschoß stehen die värtigen Männer. Sie hören nichts als die stampfenden Kolben, sie sehen nichts als die ächzenden Räder. Sie schweigen in der stickigen Atmosphäre aus Del und Schweiß und Dampf. Sie denken nichts als ihren Griff, sonst sind sie verloren. Sie sind der Maschine gänzlich ausgeliefert.

Um 5 Uhr heult die Sirene zum zweiten Male. Dann trotten sie aus den Arbeitszälen. Aus allen Fabriken strömt die Flut. Wird in Straßenbahnen gestaut. Sie fahren durch die fremden, grellen Lichter der winterlichen Stadt. Sehen lächelnde Frauen in sanften Pelzen und schwarze Serren in glänzenden Automobilen.

Sie stapfen in den Hauptbahnhof. Fallen in die trübten Wagen. Der Zug reißt an. Führt und fährt langsam und verdrießlich an den öden Vorstädten mit den blinden Fenstern vorbei, durch einen schweigenden Wald und hält irgendwo mit einem harten, bösen Rud. Sie taumeln die schmutzige Straße im Halbtschlaf hinab, durch den kalten Schnee, der die Haut erschauern läßt. Fallen in ihre Häuser, in einen stumpfen, schweren Schlaf, aus dem sie der Wecker noch in der stickigen Dunkelheit hinaus-schrickt.

So ist ihr Leben. Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr. —

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund

(Ortsauschuß Magdeburg).

In der Delegiertenversammlung am 18. Januar im „Apollo“-Saale gab der Vorsitzende unter geschäftlichen Mitteilungen zwei Eingaben wegen Einführung des Achtstundentags und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sowie wegen Bänderung der Arbeitslosenunterstützung, die beide in der „Volksstimme“ veröffentlicht wurden. Die Versammlung erteilt nachträglich ihre einstimmige Genehmigung diesen Forderungen. Ferner empfiehlt er den Gewerkschaften, für ihre Funktionäre die Zeitschrift „Der gewerkschaftliche Jugendführer“ zu beziehen. Unter Punkt 2 wird beschlossen, das Anfang Februar fällige 20jährige Bestehen des Ortsauschusses (früher Gewerkschaftsamt) durch eine Festveranstaltung am 14. Februar im „Konzerthaus“ zu feiern. Weiter wird beschlossen, eine Jubiläumsschrift, verbunden mit einem Bericht über die Tätigkeit des Ortsauschusses und des Arbeitersekretariats für die Jahre 1922 bis 1925 herauszugeben. Diese Zeitschrift soll an die Gewerkschaften zum Herstellungspreis abgegeben werden.

Für den Punkt 3: Gewerkschaftliche Gegenwartsarbeit, war der Bezirkssekretär Bernick aus Halle als Redner gewonnen worden. Anknüpfend an die Beschlüsse des Breslauer Kongresses ging der Redner zunächst auf die bestehende Wirtschaftskrise mit ihren furchtbaren Wirkungen ein, die den Gewerkschaften den größten Teil ihrer Gegenwartsarbeit vorschreibe. Es gelte vorerst als ihre Hauptaufgabe, die durch diese Krise erzeugte Arbeitslosigkeit durch die Forderung von Entlassungen von Arbeitsgelegenheit zu mildern und die Opfer dieser Erscheinung vor der größten Not zu schützen. Ferner gelte es, die jetzt von den Unternehmern geführte und von der Regierung unterstützte verheerende Lohnpolitik zu bekämpfen und für bessere Entlohnung mit ganzer Kraft einzutreten. Er verkenne keineswegs die Hemmnisse, die den Gewerkschaften bei diesen Kämpfen entgegenstehen, er hoffe aber bestimmt, daß es der geschlossenen Einheit der Arbeiterkraft gelingen werde, diese Aufgabe trotz aller Widerstände zu erfüllen. Vorbedingung für diese schwere Aufgabe sei jedoch die Beilegung des Bruderkampfes in der Arbeiterkraft.

Ferner sei es eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, in allen bestehenden jetzt nur von den Unternehmern beherrschten Wirtschaftskörperschaften den der Arbeiterkraft zustehenden Einfluß zu erkämpfen und die paritätische Befestigung dieser Körperschaften von der Gesetzgebung zu fordern und zu erzwingen. Auch müsse die Arbeiterkraft mehr Wert darauf legen, alle ihr zustehenden Rechte aus dem Betriebsratsgesetz geltend zu machen, und die Gewerkschaften müßten die zur Vertretung der Interessen der Arbeiter notwendige Schulung aller Funktionäre ermöglichen. Zum Schluß spricht er die bestimmte Hoffnung aus, daß die Gewerkschaften doch trotz aller Hemmnisse und aller Gegenwartsarbeit ihr Ziel, wenn auch unter schweren Kämpfen, erreichen werden.

Diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen folgt eine längere Aussprache, in der Gewerkschaftscollegen Unger, der sich im wesentlichen den Ausführungen Bernicks anschließt, über mehrere Anträge, die aber durch die im ersten Punkte bekanntgegebenen Eingaben zum Teil überholt waren. Diese Anträge werden dem Vorstand als Material überwiesen.

Genosse Wünschmann macht noch auf die Kurze der Wirtschaftsschule aufmerksam. —

Allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg.

Table with 4 columns: Date, Members, Sick, etc. for the general sickness insurance.

Eingetretene Wochenhilfefälle wurden im Laufe der Woche insgesamt 43 (58) gemeldet.

Schuldenrückstellungen waren zusammen 142 (128) neu zu bearbeiten.

Der rote Sonntag vor 20 Jahren.

Der 21. bzw. der 22. Januar ist in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ein ganz bedeutender Tag. Man übertriebt nicht, wenn man sagt, daß am 21. Januar 1906 ein anderer Geist in die Kämpfe um die Befreiung der Arbeiterklasse aus politischer Bevormundung einzog. Und auch die Kampfesform wurde eine andre. Der Anstoß zu diesem Umschwung ging von Rußland aus. In dem russisch-japanischen Kriege war das Niesenreich des Absolutismus von einer Niederlage zur andern getaumelt. Der Krieg hatte die innere Fäulnis des absoluten Zarentums blühartig beleuchtet. Und nun begannen sich die so lange in schrecklichsten Banden gehaltenen politischen Kräfte nachdrücklich zu regen. Bei der furchtbaren geistigen Minderwertigkeit des russischen Volkes konnte diese politische Regsamkeit zunächst nur von den Intellektuellen ausgehen. Die Massen der russischen Arbeiter, ar- der Industriearbeiter, lagen noch in einem tiefen politischen Schlaf. Immerhin war die Sehnsucht in ihnen lebendig, aus ihrer elenden politischen und wirtschaftlichen Lage befreit zu werden. Das aber glaubten sie nur auf dem Wege der Bitte an „Väterchen Zar“ erreichen zu können. So begaben sich 4000 Arbeiter am Sonntag den 22. Januar 1905 vor das Schloß des Zaren in St. Petersburg, um ihm die Bitten persönlich vorzutragen. Selbstverständlich war die Polizei durch ihre Spitzel hinlänglich unterrichtet worden und hatte alle Vorbereitungen zum „Empfang der Arbeiter“ getroffen. Sie wurden nämlich von der Polizei und von aufgestelltem Militär barbarisch und roh zusammengejagt.

Nun waren die Arbeitermassen Rußlands mit einem Schlag darüber belehrt, daß ihnen Bitten nichts helfen würden, daß sie nur von einem entschlossenen Kampf ihre Befreiung erwarten durften. So brachte denn die nachfolgende Zeit in Rußland schwere revolutionäre Kämpfe, die endlich mit der Niederwerfung des Absolutismus endeten. Ein Parlament (die Duma) wurde auf Grund eines sehr freien Wahlrechts gewählt. Allerdings ist es später der russischen Reaktion gelungen, die revolutionären Eigenschaften wieder rückwärts zu revidieren, nicht zuletzt wegen der Uneinigkeit, die in der russischen sozialistischen Bewegung vorhanden war.

Aber der 22. Januar 1905 hatte

wie ein Feuerzeichen

auf die um ihre Freiheit in andern Ländern kämpfenden Arbeiter gewirkt, besonders natürlich auf Deutschland. Das russische Volk, das bisher wegen seiner Knebelung in allen zivilisierten Ländern beklagt wurde, hatte nunmehr ein besseres Wahlrecht als die preussischen Arbeiter. Wenn man bei den preussischen Arbeitern überhaupt von einem Wahlrecht reden konnte. Daraus entwickelte sich bei der deutschen Arbeiterschaft eine Erbitterung, die sich ständig steigerte und nach Entladung drängte. So ordnete der Reichstag Ende 1905 an, daß in Deutschland eine Gedächtnis Kundgebung in Erinnerung an den 22. Januar 1905, dem Tage des Beginns der russischen Revolution, stattfinden solle, gleichzeitig solle diese Kundgebung mit der Forderung um das gleiche, geheime, direkte Wahlrecht für Preußen verbunden werden.

Schon früher hatte der Reichstagskanzler Bülow im Hinblick auf die russischen Vorgänge im Parlament gesagt: Tua res agitur (um deine Sache handelt es sich). Er hatte damit die Sorge der bestehenden Klassen in Deutschland zum Ausdruck gebracht, daß die Vorgänge in Rußland sehr leicht auch auf Deutschland überspringen könnten.

So wurden denn vor den Kundgebungen am 21. Januar 1906 sowohl von der Polizei wie vom Militär alle Vorbereitungen getroffen, den Ausbruch der Revolution in Deutschland zu verhindern. Da sich die Magdeburger Polizei von jeder durch ihre reaktionären Maßnahmen ausgezeichnete, so war natürlich damit zu rechnen, daß sie ganz besondere Vorbereitungen treffen werde.

Und das hatte sie denn auch getan, und der preussische Militarismus stand ihr dabei treu zur Seite. Allerdings hatte die bürgerliche Presse durch Verbreitung der allerbesten Gerüchte, die den Spießern eine Gänsehaut nach der andern über den Rücken jagten, dafür gesorgt, daß die geplante Demonstration auch den politisch Uninteressiertesten bekannt und ihre Neugierde angegastet wurde.

So kam es denn, daß etwa 20000 Teilnehmer an der Kundgebung im „Luisenpark“, dem damaligen Parteilokal in der Wilhelmstadt, teilnahmen. Selbstverständlich hatten diese Menschen nicht alle Platz im Lokal. Sie füllten demzufolge den großen Garten im „Luisenpark“ und wogten auch in der Spielgartenstraße auf und ab. So war die preussische Wahlrechts-

bewegung auf einen Hieb, und zweifellos unter dem Antriebe der russischen Revolution über die Versammlungen in Sälen hinausgewachsen und war eine

Bewegung der Straße

geworden. Als die Versammlung im „Luisenpark“ geschlossen worden war, flutete die gewaltige Menschenmenge nach der Stadt. Aber die Polizei hatte ihren Lieblingsgedanken zur Durchführung gebracht, die damals engen Passagen polizeilich abzusperren. Das war die brutalste Handlung, deren sich die Polizei schuldig machen konnte. Bei dem ungeheuren Menschenandrang mußte damit gerechnet werden, daß es zu blutigen Zusammenstößen kommen müsse.

Daß das nicht geschah, lag an der Disziplin, über die die Arbeiterschaft verfügte. Nur an der Eisenbahnbrücke am Glacis steigerte sich die Erregung und damit die Gefahr in einem Maße, daß die blankgezogenen Polizeifädel in jedem Augenblick nieder-sausen konnten. Aber auch hier siegte die Besonnenheit der Arbeiter. So ging denn dieser gewaltige Demonstrationstag zu Ende, ohne daß Blut geflossen war.

Die große Polizei- und Militäraktion war verpufft. Schon Tage zuvor waren die Polizeifädel geschliffen und Revolver an die Beamten verteilt worden. Seit dem 20. Januar waren bereits Doppelposten an den Lorengen, die nach Budau, Sudenburg und Wilhelmstadt führten, aufgestellt, teilweise sogar auf den Wällen Kanonen auf-gesahren worden.

Und warum alle diese Vorbereitungen? Sie sollten verhindern, daß etwa die Arbeitermassen in das Innere der Stadt eindringen könnten, damit das honeste Bürgertum, das den Asphalt auf der Schokoladenstraße des Breiten Weges am Sonntag vormittag zu treten pflegt, nicht in seiner des Besitzes frohen Ruhe etwa gestört werde.

Das hat sie allerdings später nicht mehr verhindern können. Es kam später zu Wahlrechtsdemonstrationen auf dem Breiten Weg, bei denen die große Verkehrsstraße vom Fasselbachplatz bis zur Lüneburger Straße mit Demonstranten gefüllt war. Die Säbel magte bei dieser Gelegenheit die Polizei nicht anzuwenden, weil sie nicht wissen konnte, ob sie den Büdel eines Demonstranten oder eines honetten Spießers bearbeitete. Und das wäre fatal und verhängnisvoll für sie geworden. Denn nach den Demonstrationen am 21. Januar 1906 führten viele Bürger, die zufällig in die Reihe der Demonstranten geraten waren, öffentlich bitter darüber Beschwerde, daß auch sie Stöße und Prüfte von den Polizeifädeln erhalten hatten.

Ein gerichtliches Nachspiel hatte die Aktion noch. Es war vor der Versammlung ein Flugblatt verbreitet worden, das die Greuel des Dreiklassenwahlrechts beleuchtete. In diesem Flugblatt erblickte das Gericht eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegeneinander. Es erhob gegen eine Anzahl Genossen, die an der Verbreitung teilgenommen hatten, Anklage, und die Genossen Henneberg, Haupt und Franz Bethge wurden wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Genosse Bethge als Drucker, Genosse Haupt als Verbreiter und Genosse Henneberg als Herausgeber.

Die Polizeiaktion hatte auf Grund einer Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung noch verschiedene Nachklänge, bei denen es zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und dem Bürgertum zu schweren Differenzen kam, die sogar eine Verschärfung der Gesetzgebung zur Folge hatten.

Die polizeilichen und gerichtlichen Aktionen, die sich an den 21. Januar 1906 in Magdeburg sowohl wie in dem Reiche knüpften, zeigten ganz deutlich, wie schwer es unter der damaligen Rechtslosigkeit der Arbeiter war, für die Interessen des Volkes zu kämpfen.

Wenn diejenigen Kreise, die sich heute in Parlament, Presse und Versammlung aufblähen, einen Begriff dafür hätten, welche traurigen Gestalten sie sind — Don Quixotte ist ein Held ihnen gegenüber —, wenn sie angesichts der heutigen Freiheit ihre politischen Missetaten und Gemeinheiten auspacken und sich dabei in der Rolle des „unbeachtlichen Volkstribunen“ gefallen!

Der 21. Januar ist in der Magdeburger Arbeiterbewegung ein Großamptag erster Klasse und ein Ehrentag dazu. In diesem Tage hat die Magdeburger Arbeiterschaft gezeigt, daß an ihrer politischen Schulung und Disziplin alle polizeilichen und militärischen Aktionen scheiterten. —

Großhandel und Wirtschaftskrise.

Der Zentralverband des deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Magdeburg, veranstaltete am Mittwoch nachmittag im Bürjensaal der Handelskammer eine Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Reinath (Dt. Vp.) über die Wirtschaftskrise sprach. Reinath ist Syndikus des genannten Verbandes und betrachtet natürlich die Krise vom Standpunkt seiner Interessentenorganisation. Nach seinen Ausführungen machte sich die gegenwärtige Krise zuerst im Großhandel bemerkbar und ging erst später über auf die Industrie und Landwirtschaft. Als Deflations- oder Stabilisierungskrise ist sie eine Nachwirkung der Inflation. Der Redner kennzeichnete dann die Ursachen der Wirtschaftskrise, die nur kurz angedeutet seien: Mangel an Betriebskapital, wegen Kapitalknappheit hohe Zinsen, aufgeschwemmte Preise bei gesunkenem Kaufkraft, Mangel an Absatzmöglichkeiten im Ausland wegen zu hoher Preise und großer Konkurrenz der Inflationsländer und nicht zuletzt eine gewaltige Vertrauenserschütterung in der gesamten Kreditgebarung.

Sozialdemokratische Partei.

Mitglieder, besucht die Mitgliederversammlungen!

Heute Donnerstag abend 8 Uhr in der Alten Neustadt. In allen Versammlungen finden Lichtbilder-vorträge statt. Vorstandssitzung am Montag abend 6 1/2 Uhr.

Ein Blick in die Zukunft braucht aber nach Meinung des Redners durchaus nicht so trübe zu sein, als allgemein angenommen wird, da die Krise unnötig aus Angst verschärft wurde. Die Gesamtzahl der Geschäftszusammenbrüche rechtfertigt nicht die pessimistische Stimmung in der Wirtschaft. Das geht aus daraus hervor, daß das Ausland die Lage besser beurteilt als wir. Das neue Jahr brachte bereits eine größere Geldflüssigkeit, wenn auch erst im täglichen Geldverkehr der Banken untereinander. Auch die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts ist ein kleiner Fortschritt auf dem Wege der Besserung. Der Redner erläuterte dann die Forderungen des Großhandels, die zu einer weiteren Entlastung der Krise beitragen könnten und bespricht dann die Handelsvertragspolitik Deutschlands, die leider sehr langsam vorangehe in ihren Erfolgen.

Dann geht der Redner ausführlich auf die Steuergesetzgebung ein. Nicht auf eine Steuerermäßigung, sondern auf Herabsetzung der Ausgaben komme es an, denn eine Herabsetzung der Steuern ist nur möglich, wenn das Reich einen Ueberschuß in seinen Einnahmen aufzuweisen habe. Er fordert eine zwangsweise Einschränkung der Ausgaben in Ländern und Gemeinden, muß dabei allerdings zugeben, daß Vorbedingung hierzu ist, daß man den Gemeinden von Reich wegen nicht immer wieder neue Lasten auferlegt. Dabei erwähnt der Redner auch die Bestrebungen der Gemeinden, ihr Eigentum an Betrieben ständig zu vergrößern. Dabei hätten die Gemeinden die Wirtschaftskrise zum Aufkauf solcher Werke ausgenutzt. Das sei eine „kalte Sozialisierung“, die der gesamten Wirtschaft schädlich wäre.

In seinen Schlusssatzungen erwähnt der Vortragende noch die hohen Ausgaben des Reiches für Forderungen und Pensionen, die hohen Frachten der Reichsbahn und die nicht unwesentlichen Tarife der Post, deren Einschränkung ebenfalls zur



Füli bleibt Füli!

Wir beweisen es durch herrliche Programme und freuen uns über die allgemeine Anerkennung **Diese Woche**



Henny Kortens
in ihrem großen Drama

Tragödie

Allgemein

wird dieses neue Werk als der **beste Kortens-Film**

seit vielen Jahren bezeichnet Ihre Gestaltungskraft ist geradezu in diesen Film unerreichbar und wenn es im Theater hell wird, so sieht man manches Leuchtentuch über nasse Augen streifen

Außerdem:

Der Film der 1000 Ideen
Je öfter, je toller!

Eine urkomische Grotteske in 6 ganz verrückten Akten.

Die Terra-Woche.

Beginn werktags 1/2 5, Sonntags 1/2 3 Uhr.



FOX-Film

Szene aus dem Film *Exotische Frauen*.

Exotische Frauen

Der neue, fabelhafte Foxfilm. Der fremdartige Reiz der braunen Südstädter und die abenteuerliche Romantik moderner Liebespiraten bilden hierbei das verzaubernde Parfüm des Werkes.

Billi Dove Amerikas anmutigste und zugleich kühnste Schauspielerin, spielt die weibliche Hauptrolle
George O'Brien der vorzüglichste Stiebling der Frauenwelt, die männliche Hauptrolle.

Im Vorprogramm 2 neue, tolle Fox-Grottesken:

Bubi als Rennfahrer **Edwienmut**
Die neueste Deulig-Woche.

Beginn: **Wochentags 6 Uhr** **Beginn: Sonntags 3 Uhr**



Zirkus-Lichtspiele



Ich lasse mir von meinem Vater nichts verbieten!

So sagen heute viele junge Mädchen, die sich ihr Brot verdienen und deshalb glauben, sie können tun und lassen, was sie wollen. So sagt auch Annette Berg, als ihr der Vater Rendezvous, Tanznächte, Sektgelage, Flirt, Schminke, Leuchtspur und schlechten Umgang verbieten wollte.

Und was würde aus ihr?

Das erzählt der neue deutsche Fox-Film **Der Trödler von Amsterdam** mit **Dionira Jacobini**, **Werner Krauß**, **Harry Gardt**, **Anton Pointner**, **Silke Hildebrand** Regie: **Viktor Janson**

2 neue tolle Fox-Grottesken:
Alles für die Kunst: Bubi als Meister
Die neueste Deulig-Woche!

Beginn **Wochentags 4 Uhr** **Sonntags 3 Uhr**



Kammer-Lichtspiele

Leset die „Frauenwelt!“



Wähle weise!

Weshalb 25 Pfg., wo eine andere Schuhcreme, die »auch gut« sein soll, nur 20 Pfg. kostet? Weil Erdal wie kein anderes Mittel das Leder nährt und konserviert. Sie brauchen es nur hauchdünn aufzutragen. Eine Dose Erdal reicht oft einen ganzen Monat und noch länger. Verwenden Sie deshalb gerade als sparsame Hausfrau für die Schuhpflege nur das ausgiebige

Erdal

Restaurant Schweizerhof, Kurfürststr. 32
Freitag: Gr. Preisfest, ff. Preise
Sonabend abend
Bockbierbrumme! mit musikalischer Unterhaltung
ES ladet ein **D. Fahrtenkamp.**

ZENTRAL

Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Weib im Purpur!
Katharina II., die große Zarin
mit
Karinska und Dollnoff
von Casino de Paris als Gäste.

Sonntags 2 Vorstellungen
8 1/2 Uhr (kleine Preise) und 7 1/2 Uhr.

Siebtätigler Kartenvorverkauf!

Heute Freitag und morgen
Sonabend in den gesamten seitlich
geschmückten Räumen des

Zentraltheater - Restaurants

Großes Bockbierfest
Doppeldeck Holzbohrer Kulmbach
— Kapelle Alois Rofeg —
Vorträge der ersten Bühnentänze des
Zentraltheaters. 100
Biele Nebenleistungen!



Panorama-Lichtspiele

Ab Freitag:

Unter der Devise:
Lachen ist gesund

Die große Lustspielschau!!

Fünf

neue Grottesken
in **Uraufführung!**

1.
Bubi als Boxer

2.
Unter Seeräubern

3.
Der mutige Dodo

4.
Hals- und Beinbruch

5.
Bubi rettet Napoleon

Die neueste Deulig-Woche
Bayrisches Hochland

Beginn: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr
Jugendliche haben Zutritt.

Sonbild-Theater

Das große Doppelprogramm
Lotte Neumann

in
Das Parfüm
der **Mrs. Worrington**

Der Roman der **Lillian Harvey**
der spannende, elegante Detektivfilm
mit **Stuart Robson**, **Marie
Ringent**, **Jock Mylong-King**.
Beginn werktags 5 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.

Winters Gesellschaftshaus

Alte Henckels, Rogauer Straße 80.

Jeden Freitag

Großer Preisfest

25 Preise Anfang 8 Uhr

Sonabend den 22. Januar

Großer Bauernball

Original-Jazzband - Kapelle.

Sonntag den 24. Januar 100

in sämtlichen Räumen

Gr. Bockbierbrumme!

Wilhelm Buschs

Jämliche Werke
auch in einzelnen Ausgaben
empfehl!

Buchhandlung Volksstimme
Kochstraße, Große Münzstraße 1.

Die Glanz-Befehung

unsern neuen Programms.

**Werner Krauß, Johannes Riemann,
Evi Eva, Mia Pankau, E. Hofmann,
Marg. Kupfer, Hermann Picha,
Rosa Valetti, Ellen Plessow**

DIE MORAL NÖDER GASSE



Die neueste Berliner Sittenstudie.

Dazu:

Seff als Boxer

Das große Vorprogramm!

Beginn 4 1/2 Uhr.

Walhalla-Lichtspiele

Strümpfe in Front!

Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe Baumwolle, mit dopp. Spitzen und Fersen, schwarz und farbig Paar	30
Damen-Strümpfe Baumwolle, mit dopp. Sohlen, Spitzen und Hochferjen, schwarz und farbig Paar	68
Damen-Strümpfe prima Baumwolle, mit Katoqlanz, dopp. Sohlen, Spitzen und Hochferjen, schwarz Paar	88
Damen-Strümpfe Kunstseide, mit dopp. Sohlen, Spitzen und Hochferjen, schwarz und farbig, mit kleinen Schabfettfählern Paar	95
Damen-Strümpfe prima Nalo, mit Naht, doppelten Sohlen, Spitzen und Hochferjen, schwarz Paar	1.20
Damen-Strümpfe prima Seidenflor, mit Naht, dopp. Sohlen, Spitzen und Hochferjen, schwarz u. farbig Paar	1.20
Damen-Strümpfe prima Kunstseide mit Naht, doppelt. Sohlen, Spitzen und Hochferjen schwarz u. farbig Paar	1.65
Damen-Strümpfe prima Halbwohle, mit Naht, fein gewebt, doppelte Spitzen und Fersen, schwarz Paar	1.75
Damen-Strümpfe la Seidenflor, mit doppelten Sohlen, Spitzen u. Hochferjen, schwarz u. moderne Farben Paar	1.90
Damen-Strümpfe Tramaeide, m. doppelt. Sohlen, Spitzen und Hochferjen, moderne Farben Paar	2.75

3

Sonder-Verkaufstage

**Freitag
Sonnabend
Montag**

Richtlinien:

Erprobte Qualitäten
niedrigste Preise
enorme Auswahl

Schaufenster

am Alten Markt sind mit diesen angebotenen Qualitäten dekoriert.

Sowelt Vorrat!

Herren-Socken

Herren-Socken Länge 2x2 gestrickt, grau Paar	39
Kavalier-Socken feine Baumwolle, mit dopp. Spitzen und Fersen, farbig Paar	58
Kavalier-Socken feine Baumwolle mit dopp. Spitzen u. Fersen, farbig, mit Streifen Paar	65
Herren-Socken Schoddygarn, Länge 2x2 gestrickt, grau Paar	78
Kavalier-Socken feine Baumwolle, farbig, modernes Karomuster Paar	85
Herren-Socken prima Halbwohle, Länge 2x2 gestrickt, grau Paar	1.10
Herren-Socken reine Wolle, fein gestrickt, grau Paar	1.20
Herren-Socken reine Wolle, kamelhaarfarbig, mit dopp. Spitzen und Fersen Paar	1.40
Kavalier-Socken prima Kunstseide, plattiert, in eleganten Karomustern, 2. Wahl Paar	1.55
Herren-Socken prima Kammgarn, Länge 2x2 gestrickt, mit regulärem Fuß Paar	1.65

Vorteilhafte Angebote in Herren- u. Damen-Handschuhen

Damen-Handschuhe Tricot mit Halbfaulter, farbig Paar	95	Damen-Handschuhe prima Wildleder-Imitation, in modernen Farben Paar	1.70	Herren-Handschuhe Tricot, innen geraucht, farbig Paar	88
Damen-Handschuhe Wildleder-Nachahmung, ganz gefüttert, schwarz Paar	1.45	Damen-Handschuhe prima Wildleder-Nachahmung, halbgefüttert, farbig Paar	2.35	Herren-Handschuhe Wildleder-Nachahmung, farbig Paar	1.25
Damen-Handschuhe Tricot, ganz gefüttert, farbig Paar	1.65			Herren-Handschuhe Wildleder-Nachahmung, ganz Futter, farbig Paar	2.90

Spezial-Ausstellung
in unseren 3 Schaufenstern am Alten Markt

Lange & Münzer Breiter Weg 51/52

Lachen links Jede Woche eine neue Nummer empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme

Gehen Ihre **Uhren nicht?**
Reparaturen gut u. billig. Fr. Pöllnitz, Uhrmacher, Schönebeck, Straße 9a.

UT-Restaurant, Gr. Storchstr. 7
Heute Freitag sowie jeden Dienstag:
Großer Preisfest!
Ab heute bis Sonntag:
Großer Vorkbierummet!
Ganz! Keine Kapelle! Stimmung!

Einbanddecken
zur
Illustrierten Reichsbanner-Zeitung
sind eingetroffen.
Preis einschl. Porto u. Verpackung 2.50 Mk.
zu beziehen durch die Zeitungsträgerinnen oder in der
Buchhandlung Volksstimme
Große Münzstraße Nr. 3.

Konsum-Magdeburg u. Umg. - Verein für E. G. m. b. H.



Fleisch- und Wurstwaren
hergestellt unter Beobachtung peinlichster Sauberkeit in einer hygienisch einwandfrei eingerichteten Fleischerei, die obensichende Abbildung zeigt.

Frisches Schweinefleisch
in allen Sorten.

Kinder-Gefrierfleisch
allerbesten Qualität zu herabgesetzten Preisen

Fleisch aus Rouladen	1 Pfund 90 Pf.	Wurstbrot und hohe Rippe	1 Pfund 70 Pf.
Braten	1 Pfund 90 Pf.	Schmalz	1 Pfund 70 Pf.
Wurstbrot	1 Pfund 55 Pf.		

Taubenschau
findet Sonntag den 24. Januar im
Restaurant H. Sparfeld
Quandisburger Straße
Rath. Es ladet ein **Trupp-Klub Halle.**

1. Musik-Verein Magdeburg-H.
Sonnabend den 23. Januar
Großer Maskenball
in der „Wihelma“.
Ganz herzlich willkommen! — Für Unterhaltung ist bestens georgt.

Reichsbanner-Lameraden
Kugeln auf, Geldbeutel zu
sein Einzug von neuen sportbilligen **Federbetten**
Vergleichen Sie die Preise mit der Konkurrenz. Nicht ganz geübt. Preisgeld wird vergütet.

König	9.50
Prinz	11.50
Prinz	13.25
Prinz	14.50

und besser
aus 2 bis 5 Pf.
mit 30, 35, 40,
45, 50 Pf. u. besser.
Gute Qualität,
Garantie 2 Jahre
Kauf!

Wilhelm-Theater
Offene Vorverkaufung
Sonntag, 24. Januar
abends 8 Uhr
Irregarten der Liebe
Schauspiel v. G. Stum
Freitag, 22. Januar
Borch. 1. u. 2. Vorstellung
8 Abends 8 Uhr.

Herren
für Schicklichkeit, welche
sich mit Erfolg gerech-
tigen und anfechtbaren
Arbeiten gewahrt sind,
ganz sehr schön und
praktisch geübt. Ge-
wundenen u. Schicklich-
keiten, Kuppeln
nur schriftl. erbeten an
Herrn, Schönebeck, 1.

Frauentwelt
spart Geld

Eine frische Ladung Gefrierfleisch

ist eingetroffen. Wir bieten an, in allerbesten
Qualität, ab Freitag den 22. Januar:

Suppenfleisch	1 Pfund 58 Pf.	Rouladen	1 Pfund 90 Pf.
Hohe Rippe	1 Pfund 70 Pf.	Filet u. Roastbeef	1 Pfund 95 Pf.
Gehacktes	1 Pfund 70 Pf.	Schmorfleisch	1 Pfund 80 Pf.

Verschiedentlich besteht die Meinung, daß seit
wir den Verkauf von Gefrierfleisch übernommen
haben, der Verkauf von frischem Fleisch bei uns
eingestellt worden ist. Dieses ist nicht der Fall,
sondern in allen hier angegebenen Geschäften sind
alle Sorten von frischem Fleisch zum billigsten
Lagerpreis sowie sämtliche Wurstsorten in bester
Qualität zu haben.

Für die Altstadt: Otto Schomburg, Jakobstr. 31	Für Sudenburg: Aug. Dugas, Döberländer Straße 30a
Adolf Angrick, Jakobstr. 46	Für Buckau: Franz Kirsten, Martinst. 11
Herrn Voigt, Johannisberg 16	Für Neue Neustadt: Häcker Rud. Hoffmann, Straße 102
Wilk. Kahlstedt, Anhaltstr. 13	

Verkaufsstellen von zeitlichem Gefrierfleisch.

